
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 21/2 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.2.58871

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KLAUS MALETTKE

EUROPABEWUSSTSEIN UND EUROPÄISCHE FRIEDENSPLÄNE IM 17. UND 18. JAHRHUNDERT

Im achten, 1734 erschienenen Band des von Johann Heinrich Zedler verlegten »Universal-Lexikon[s] aller Wissenschaften und Künste« liest man unter dem Stichwort »Europa« u. a.: *Obwohl Europa das kleinste unter allen 4. Theilen der Welt ist, so ist es doch um verschiedener Ursachen willen allen übrigen vorzuziehen. Die Luft ist darinnen gemäßigt, und die Landschaften sind sehr fruchtbar, ausgenommen diejenigen, welche sehr weit gegen Norden zu liegen. Es hat an allen nothwendigen Lebens=Mitteln einen Überfluß. Die Einwohner sind von guten Sitten, höflich und sinnreich in Wissenschaften und Handwercken. Von denen Frantzosen urtheilet man, daß sie von guten Manieren, erfahren, tapffer, aber etwas zu hitzig und unbeständig sind. Die Teutschen sind verständig, aufrichtig, tapffer und arbeitsam, wurden aber vorzeiten insgemein der Trunckenheit beschuldigt, deren sie doch mehr aus einer Gewohnheit als Trieb ihrer Natur ergeben gewesen. Die Italiener sind höflich und nette, aber darneben eifersüchtig und untreu. Die Spanier sind bedachtsam und klug, aber daneben hochmüthig. Die Einwohner in Britannien sind beherzt, und dabei etwas verwegen, zugleich aber auch von einem hohen Geiste. Die Europäer haben auch durch ihre Geschicklichkeit und Tapfferkeit die vortrefflichsten Teile der Welt unter sich gebracht. Ihr Witz erhellet aus ihren Wercken: ihre Klugheit aus ihrer Regierung: ihre Stärcke und Macht aus ihren Armeen: ihre gute Conduite aus ihrem Handel und Wandel: und endlich ihre Pracht und Herrlichkeit aus ihren Städten und Gebäuden¹. Diese hier, trotz des durchaus vorhandenen Wissens von der Vielgestaltigkeit, Buntheit und Komplexität Europas, trotz der permanent zu machenden leidvollen Erfahrung immer wieder ausbrechender Staatenkonflikte, trotz der Verschiedenheit der politischen und konfessionellen Organisationsformen der europäischen Mächte sowie der zahlreichen bestehenden Grenzen oder der sonstigen vielfältigen Barrieren, zum Ausdruck gebrachte Überzeugung von den Vorzügen Europas gegenüber den anderen Kontinenten war bereits in den Jahrzehnten zwischen 1680 und 1715 unter den Angehörigen der geistigen und politischen Elite weit verbreitet. Paul Hazard hat dies in seiner grundlegenden, 1961 publizierten Untersuchung über »La crise de la conscience européenne 1680–1715« nachgewiesen. »On entend peu à peu«, so stellt er resümierend fest, »un hymne qui s'élève pour célébrer les mérites d'une Europe dont aucune puissance ne saurait égaler la force, l'intelligence, l'agrément, la splendeur«². Diesen »Hymnus« auf die »Meriten« Europas*

1 Grosses vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste, welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden..., Bd. 8, E., Halle, Leipzig 1734, Sp. 2195f.

2 Paul HAZARD, La crise de la conscience européenne 1680–1715, Paris 1961, S. 413.

stimmte auch der »Chevalier de Jaucourt« in seinem Europa-Artikel an, der im 1756 erschienenen sechsten Band der großen, von Diderot herausgegebenen »Encyclopédie, ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers« enthalten ist. *Quoi qu'il en soit, so stellt Jaucourt fest, l'Europe est toujours la plus petite partie du monde; mais, comme le remarque l'auteur de l'esprit des lois, elle est parvenue à un si haut degré de puissance, que l'histoire n'a presque rien à lui comparer là-dessus, si l'on considère (!) l'immensité des dépenses, la grandeur des engagements, le nombre des troupes, & la continuité de leur entretien, même lorsqu'elles sont le plus inutiles & qu'on ne les a que pour l'ostentation. D'ailleurs il importe peu que l'Europe soit la plus petite des quatre parties du monde par l'étendue de son terrain, puisqu'elle est la plus considérable de toutes par son commerce, par sa navigation, par sa fertilité, par les lumières & l'industrie de ses peuples, par la connaissance des Arts, des Sciences, des Métiers, & ce qui est le plus important, par le Christianisme, dont la morale bienfaisante ne tend qu'au bonheur de la société*³. In dem 1690 von Antoine Furetière veröffentlichten »Dictionnaire universel« gab es noch keinen Artikel zum Stichwort »Europa«. Dieser Befund darf jedoch nicht als eine Einschränkung oder gar Infragestellung der bereits angesprochenen Forschungsergebnisse Paul Hazards und anderer Wissenschaftler interpretiert werden.

Findet man in den zitierten Beiträgen des Zedlerschen »Universal-Lexikons« und der »Encyclopédie« Diderots über Europa allenfalls Ansätze zu einem Bewußtsein »von einem Grundbestand gemeinsamer Überzeugungen, Denkweisen und Verhaltensnormen in Alteuropa«⁴, die über die Ebene des bloßen Deskriptiven und Additiven hinausgehen, so kann vor dem Hintergrund der einschlägigen Forschung kein Zweifel daran bestehen, daß in keiner Epoche der frühneuzeitlichen Geschichte die Formel »Europa« und »europäisch« häufiger gebraucht worden ist als im 17. und 18. Jahrhundert. Aber es blieb bereits in jenen Jahrhunderten nicht bei dieser Formelhaftigkeit. Schon um 1700 kam es auf relativ breiter Front zur Entfaltung eines Europabewußtseins, das es bis dahin in der nunmehr erreichten Intensität und Qualität nicht gegeben hat. So ist es wohl kein Zufall, daß in dem 1726 in Basel publizierten »Neu-vermehrte[n] Historisch- und Geographische[n] Allgemeine[n] Lexikon« von Jacob Christoff Iselin die europäischen Staaten der Zeit trotz grundsätzlicher Anerkennung ihrer eigenstaatlichen Qualität als *Provinzen* bezeichnet werden. Damit will der Verfasser die *Zugehörigkeit dieser Staaten zu Europa im Sinne einer höheren Einheit* unterstreichen⁵. Ebenso aufschlußreich ist es, daß Christian Gottfried Hoffmann in seinem im Jahre 1720 erschienenen »Entwurff einer Einleitung zu dem Erkäntniß des gegenwärtigen Zustandes von Europa« entschieden dafür plädierte, die politische Organisation der europäischen Staaten nicht für sich allein, sondern auch unter dem Aspekt ihrer grenzübergreifenden Verflechtungen zu

3 Encyclopédie, ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, par une société de gens de lettres. Mis en ordre & publié par M. Diderot ..., Bd. 6, Paris 1756 [ND 1969], S. 211 f.

4 Heinz DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa – Entwicklungen und Ansätze im frühen 18. Jahrhundert am Beispiel des Deutschen Reiches, in: August BUCK (Hg.), Der Europa-Gedanke (= Reihe der Villa Vigoni. Deutsch-italienische Studien, Bd. 7), Tübingen 1992, S. 123.

5 Jacob Christoff ISELIN, Neu-vermehrtes Historisch- und Geographisches Allgemeines Lexikon ... II, Basel 1726, S. 247; vgl. auch Heinz MOHNHAUPT, »Europa« und »ius publicum« im 17. und 18. Jahrhundert, in: Aspekte europäischer Rechtsgeschichte. Festgabe für Helmut COING zum 70. Geburtstag, Frankfurt/M. 1982, S. 207–232; Zitat S. 210.

analysieren. Hoffmann betonte die *connexion*, in der ein *jedweder Staat mit dem andern stehet*⁶.

Im ersten Teil der folgenden Ausführungen soll auf der Basis der einschlägigen Forschung dieser um 1700 auf breiter Front erfolgte Durchbruch des Europabewußtseins im Kontext der zuvor während des 17. und danach im Verlauf des 18. Jahrhunderts formulierten Europavorstellungen und -konzeptionen skizziert werden. Der sich anschließende zweite Teil ist den europäischen Friedensplänen jener Jahrhunderte gewidmet. Im Zentrum soll dabei nicht die Darstellung der einzelnen Entwürfe oder Pläne für die Errichtung eines dauerhaften Friedens in Europa stehen. Vielmehr soll uns die Frage nach den möglichen Motiven, nach den verschiedenartigen Einflüssen, den politischen Interessen und Rahmenbedingungen beschäftigen, die ggf. für die Erarbeitung und Propagierung derartiger Friedenspläne sowie für den Rekurs auf Europa eine Rolle gespielt haben. So ist z. B. zu Recht von Peter Krüger mit Blick auf das Europabewußtsein in Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hingewiesen worden, daß es »in der Praxis weniger die in sich geschlossene große Idee von Europa (ist), sondern eine Reihe recht verschiedenartiger Einflüsse, die schließlich europäisches Bewußtsein erzeugen. Wie man bei diesem Vorgang Europa erfährt, ist ganz unterschiedlich, drückt sich in vielen Abstufungen aus, und selbst diejenigen haben ein europäisches Bewußtsein, die daraus zu der Entscheidung gelangen, daß eine europäische Gemeinschaft abzulehnen sei, und dementsprechend handeln«⁷. Es ist zu vermuten, daß dies *mutatis mutandis* auch für den hier zu behandelnden Zeitraum gilt. Im abschließenden dritten und letzten Teil der folgenden Ausführungen, die wegen der Forschungslage und der im Rahmen eines Vortrags gebotenen Beschränkung nur recht skizzenhaft sein können und vielleicht mehr Fragen aufwerfen als beantworten, sollen einige Ergebnisse formuliert werden.

1. Erscheinungsformen des Europabewußtseins im 17. und 18. Jahrhundert und deren Instrumentalisierung

Heinz Gollwitzer hat in seiner grundlegenden, geistesgeschichtlichen Arbeit »Europabild und Europagedanke«, die in erster Auflage 1951 erschien, den Versuch unternommen, »unter der Bezeichnung Europabild die universalgeschichtliche und weltpolitische Auffassung Europas als einer Völkerfamilie, Kultureinheit und politischen Schicksalsgemeinschaft aus den Zeugnissen der Vergangenheit erläuternd nachzuzeichnen«. Bewußt hat er bei seinen Studien die jeweiligen politischen Bedingungen und Voraussetzungen nur »als Rahmengerüst der geistigen Auseinandersetzung berücksichtigt«⁸. Der Frage nach deren möglichen Einflüssen auf die

6 Christian Gottfried HOFFMANN, Entwurf einer Einleitung zu dem Erkänntniß des gegenwärtigen Zustandes von Europa, worinnen von denen hierzu nöthigen Wissenschaften überhaupt geurtheilet..., Leipzig 1720, S. 6–13; vgl. auch MOHNHAUPT (wie Anm. 5), S. 221.

7 Europabewußtsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Ms. 1993, S. 3. Für freundliche Überlassung seines Manuskriptes möchte ich Peter Krüger auch an dieser Stelle herzlich danken.

8 Heinz GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1951, S. 8.

Konzeption des Europabilds sowie nach der jeweiligen politischen Instrumentalisierung des Begriffes Europa ist Gollwitzer nicht nachgegangen. Außerdem muß der von Gollwitzer gewählte geistes- und ideengeschichtliche Ansatz, bei dem es ihm hauptsächlich um den Nachweis europäischer Gemeinsamkeiten, um die Entstehung Europas als eines wie auch immer gearteten großen Ganzen ging, erweitert werden auf Grund der bereits angesprochenen Erkenntnis, daß auch diejenigen ein Bewußtsein von Europa, ein Europabild haben, die der Konzeption europäischen Zusammengehens, europäischer Gemeinsamkeit eher kritisch gegenüberstehen und entsprechend handeln. Der Historiker hat also auch die Frage zu stellen, wie sich das Europabewußtsein ebenso wie der Europabegriff in sich wandelnden historischen Konstellationen ihrerseits verändern und gemäß den Erfordernissen und der Interessenlage von Staaten und deren politischer Akteure neu geprägt werden, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß auch dieser Wandel zumeist auf der Grundlage »bestimmter struktureller Voraussetzungen und Denktraditionen« geschieht. Von besonderer Bedeutung ist daher jeweils der Punkt, an dem sich die Erfahrungen von Europa verändern, europäische Zusammenhänge neu oder anders erfahren werden und zu neuen Entscheidungen führen⁹.

In seiner 1980 erschienenen Studie »Did Europe exist before 1700?«^{9a} kam der bekannte englische Sozialhistoriker Peter Burke zu einer negativen Antwort. Dabei stützte er sich im wesentlichen auf die Feststellung, daß der Europabegriff im Mittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit wenn überhaupt, dann nur gelegentlich instrumentalisiert worden sei. Sowohl an der Berechtigung dieser so entschieden vorgetragenen These als auch – und vor allem – an ihrer Begründung sind Zweifel angebracht. Generell ist festzustellen, daß die Termini »Europa« und »europäisch« bereits im 17. Jahrhundert weit verbreitet waren. Freilich kann mit diesem Hinweis, der im folgenden durch einige einschlägige Belege untermauert werden soll, die These Peter Burkes nicht erschüttert werden. Indessen läßt sich auch nachweisen, daß der Begriff Europa durchaus während des 17. Jahrhunderts politisch instrumentalisiert wurde.

Bevor dieser Nachweis geführt wird, soll anhand einiger Beispiele die Vielfältigkeit der Verwendung des Begriffes Europa im 17. und 18. Jahrhundert demonstriert werden. Im Jahre 1635 begründete Abelinus sein »Theatrum Europaeum«, das bis 1738 erschien¹⁰. In der Folgezeit nahm die Zahl solcher Informationsblätter, deren Intention, europäische Information zu vermitteln, zuweilen mehr Anspruch blieb als in die Realität umgesetzt werden konnte, kontinuierlich zu. So wurden z. B. herausgegeben das »Diarium Europaeum«, die »Europäische Fama«, der »Europäische Florus«, der »Europäische Staats-Sekretarius«, die »Europäischen Annalen«, die »Affairs of Europe« und das Periodikon »L'Europe Savante«. In diesen Kontext gehört auch der seit 1686 im Haag publizierte »Mercurie historique et politique contenant l'Etat présent de l'Europe«. In seinen 200 Bänden, die bis 1782 regelmäßig

9 KRÜGER, Europabewußtsein in Deutschland (wie Anm. 7), S. 4.

9a Peter BURKE, Did Europe exist before 1700?, in: History of European Ideas 1 (1980), S. 21–29.

10 Zu Johann Philipp Abelinus und dem »Theatrum Europaeum« vgl. Hermann BINGEL, Das »Theatrum Europaeum«. Ein Beitrag zur Publizistik des 17. und 18. Jahrhunderts, phil. Diss. München 1909, Berlin 1909.

erschieden, bot er dem historisch-politisch interessierten Benutzer Informationen zur europäischen Geschichte fast eines Jahrhunderts. Knapp ein Jahrzehnt später begann Christian Leonhard Leucht mit der Veröffentlichung der »Europäische[n] Staats-Cantzley«, die erst mit dem 115. Band im Jahre 1760 ihr Erscheinen einstellte.

Das weitverbreitete Periodikon »Mercurie historique et politique« war 1686 von dem zu jener Zeit nicht unbekanntem Gatiens des Courtilz de Sandras gegründet worden, einem aus Frankreich geflüchteten, »literarisch-politische[n] Abenteurer von enormer Fruchtbarkeit und Beweglichkeit«, wie Friedrich Meinecke diesen Mann treffend charakterisiert hat¹¹. Diese erste wirkliche politische Monatsschrift, die zeitweise auch von Pierre Bayle geführt wurde, verfügte zumindest zeitweise über ein ganz Europa erfassendes Netz gut informierter Informanten und machte dank einer insgesamt gelungenen Verbindung der politischen Nachricht mit eigenständiger Reflexion Epoche.

In der »Europäische[n] Staats-Cantzley«, die nach dem Nürnberger Ratskonsulenten Christian Leonhard Leucht u. a. auch von dem Marburger Professor Karl König unter dem Pseudonym Anton Faber herausgegeben wurde, hatte die Veröffentlichung von Quellenmaterial deutlich den Vorrang vor der darstellenden und kommentierenden Tätigkeit der Herausgeber. Ihrem Anspruch, ganz Europa in ihre Berichte und Kommentare einzubeziehen, wurden die Herausgeber indessen nur insofern gerecht, als sie bestrebt waren, über die Probleme der internationalen Politik zu berichten und zu informieren, in die das Alte Reich und seine Territorien einbezogen waren¹².

An ein französischsprachiges Leserpublikum richteten sich im 18. Jahrhundert folgende Schriften: das bereits genannte und nur in vierundzwanzig Nummern 1718 und 1719 erschienene, literarisch-historisch orientierte Periodikon »L'Europe Savante«, die 1757 wahrscheinlich in Paris erschienene Schrift »L'Europe ridicule ou réflexions politiques sur la guerre présente«, der 1759 veröffentlichte Traktat »L'Europe vivante ou mourante« und das 1762 in Amsterdam und 1768 in Mannheim und von dem Franzosen Louis d'Ussieux (1744–1805) initiierte Periodikon »L'Europe Littéraire«¹³. Unstrittig ist, daß die Literatur, die in ihrem Titel den Bezug auf Europa ausweist, um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert zahlenmäßig stark angewachsen ist. Indessen ist aber ihre Zahl auch im 17. Jahrhundert durchaus beachtlich. Einschränkend muß jedoch bereits jetzt hinzugefügt werden, daß die Bezugnahme auf Europa und das Nachdenken über Europa alles in allem keine Angelegenheit der breiten Masse gewesen ist. »Von den Gebildeten wieder

11 Friedrich MEINECKE, Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, hg. u. eingeleitet von Walther HOFER, München 1963, S. 288.

12 Zum hier angesprochenen Gesamtkomplex vgl. Fritz WAGNER, Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. Die Einheit der Epoche, in: DERS. (Hg.), Europa im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung (= Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 4), Stuttgart 1968, S. 62 f.; Heinz GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1964, S. 52 f.; MEINECKE, Die Idee der Staatsräson (wie Anm. 11), S. 288 f.; Klaus MÜLLER (Bearb.), Absolutismus und Zeitalter der Französischen Revolution (1715–1815) (= Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart, Bd. 3), Darmstadt 1982, S. 5 ff.; DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa (wie Anm. 4), S. 120 f.

13 Dictionnaire des Journaux 1660–1789 sous la direction de Jean SAGARD, Paris 1991, S. 393–397.

zum Leben erweckt, blieb der Europaname vorzüglich deren Besitz und Gegenstand ihrer Betrachtungen«¹⁴.

Wie die eingangs wiedergegebenen Zitate belegen, war der Begriff Europa eine nicht ganz präzise Bezeichnung für nach allgemeiner Auffassung zum europäischen Kontinent gehörende Staaten, wobei zumindest für das 17. Jahrhundert noch strittig war, ob Rußland einzubeziehen war oder nicht. Europa war weiterhin Gegenstand eines eher populären Vergleichens. Unter den Staaten Europas wurde der eine oder andere je nach dem Standort des jeweiligen Betrachters und unter Bezugnahme auf die jeweiligen politisch-militärischen Gegebenheiten als europäisches Vorbild besonders hervorgehoben. So verwiesen französische Autoren bereits seit Beginn des 17. Jahrhunderts in zunehmendem Maße auf die *monarchie absolue*, deren in Frankreich erreichte Ausformung als exemplarisch und vorbildlich für Europa dargestellt wurde. Der jeweilige Stand der Entwicklung in Richtung auf die absolute Monarchie wurde im französischen politischen Denken jener Zeit geradezu zum wichtigsten Kriterium für die Einordnung der übrigen europäischen Staaten in eine Rangfolge. Es ist daher verständlich, daß in Anbetracht der in Frankreich zu jenem Zeitpunkt bereits sehr weit fortgeschrittenen Absolutierung der monarchischen Staatsgewalt diesem Staat die führende Position eingeräumt und der Charakter eines Vorbilds für Europa zugesprochen wurde¹⁵.

Die Vorstellung von der führenden Rolle Frankreichs in Europa im staatlich-politischen Bereich und in Ansätzen auch auf kulturellem Sektor war bei Deutschlands westlichem Nachbarn also schon zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt ausgeprägt und verdichtete sich schließlich zu einer Art nationalem Sendungsbewußtseins, das sich auch in außenpolitischer Hinsicht auswirkte. So wurde in der Selbstinterpretation der Franzosen die nationale Auseinandersetzung mit Habsburg-Spanien während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nicht nur als französische Verteidigung gegen die drohende Umklammerung Frankreichs, sondern auch als Kampf gegen die erneut drohende Gefahr einer habsburg-spanischen Universalmonarchie dargestellt, den der französische König auch im Interesse der Freiheit der übrigen europäischen Staaten führte. In dieser Interpretation des alten französisch-spanischen Konflikts wurden Ludwig XIII. und Richelieu für die französischen Publizisten jener Zeit zu den *libérateurs de l'Europe*. Vor diesem Hintergrund formulierte der angesehene zeitgenössische Literat Guez de Balzac mit Bezug auf die Politik des Kardinals und Prinzipalministers Richelieu im Jahre 1665: *Nous devons, certes, estre bien joieux de ce qu'un François est aujourd'hui nécessaire à toute de l'Europe*¹⁶.

Fünf Jahre später betonte Gottfried Wilhelm Leibniz in seiner 1670 veröffentlichten, berühmten Reichsreformschrift »Bedenken welcher Gestalt Securitas publica interna et externa im Reich (jetzigen Umständen nach) auf festen Fuß zu stellen« die Vorzüge der politischen Organisation eines reformierten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Leibniz war davon überzeugt, daß mit einer Neuordnung

14 GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke (wie Anm. 12), S. 49.

15 Rudolf von ALBERTINI, Das politische Denken in Frankreich zur Zeit Richelieus (= Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, Heft 1), Marburg 1951, S. 129ff.

16 Jean Louis GUEZ DE BALZAC, Les Œuvres divisées en deux tomes, Paris 1665, Bd. 2, S. 75; vgl. auch ALBERTINI, Das politische Denken in Frankreich (wie Anm. 15), S. 144.

der Beziehungen zwischen den Reichsständen und dem Kaiser in einer Allianz, der einsetzende Aufschwung des Reiches stabilisiert, der zunehmend aggressiver werdenden Politik Ludwigs XIV. begegnet und so der Friede im Reich und in Europa gesichert werden könne. Dieser Allianz sollten die auswärtigen Garantiemächte des Westfälischen Friedens, Frankreich und Schweden sowie weitere europäische Staaten zugeordnet bzw. angelehnt werden mit dem Ziel, die Entstehung einer neuen Universalmonarchie unter Ludwig XIV. von Frankreich zu verhindern. Leibniz, der dem Reich nach wie vor eine große Bedeutung, eine vielgestaltige Kraft und hervorragende Eigenschaften attestierte, stellte in jener berühmten Schrift fest: *Gewißlich wer sein Gemüt etwas höher schwinget und gleichsam mit einem Blick von Europa durchgeheth, wird mir Beifall geben, daß diese Allianz eines von den nützlichsten Vorhaben sei, so jemals zu allgemeinem besten der Christenheit im Werk gewesen. Das Reich ist das Haupt-Glied, Deutschland das Mittel von Europa, Deutschland ist vor diesen allen seinen Nachbarn ein Schrecken gewesen [...], Deutschland ist pomum Eridos, wie anfangs Griechenland, hernach Italien. Deutschland ist der Ball, den einander zugeworfen, die um die Monarchie [Hegemonie, der Verf.] gespielt, Deutschland ist der Kampfplatz, darauf man um die Meisterschaft von Europa gefochten hat [...]. Als denn werden unsere Sachen einander Aussehen haben, man wird allmählich (eine Zivilperson und Form im Reich wahrnehmen), ganz Europa wird sich zur Ruhe begeben, in sich selbst zu wüthen aufhören, und die Augen darin werfen, wo soviel Ehre, Sieg, Nutzen [...] auf eine Gott angenehme Weise zu erjagen [...]*¹⁷. Mag man auch über die Realisierungschancen der Leibniz'schen Konzeption, die europäische Welt nach dem Vorbild der vielgestaltigen Einheit, also auf der Basis der »*Concordia discors*« des Reiches zu ordnen, trefflich streiten, zustimmen wird man sicherlich seiner Überzeugung, daß die Existenz eines wohlgeordneten und friedlichen Deutschen Reiches letztlich nicht nur den wohlverstandenen Interessen der europäischen Mächte entspreche, sondern auch der Sicherung des Friedens diene. Später sollte diese friedensschaffende und friedenssichernde Aufgabe England zufallen.

Mit dem politischen Aufstieg Englands im Gefolge der Glorreichen Revolution von 1688 korrespondierte um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert eine zunehmend positive Bewertung seiner im Vergleich zum europäischen Kontinent freiheitlicher gestalteten politischen Organisation. Es kann deshalb nicht überraschen, daß in jenen Jahren sowohl in England als auch außerhalb nicht nur die Vorteile der spezifisch englischen Verfassung betont und als vorbildlich gewertet wurden, sondern daß aus diesen Gegebenheiten auch die Aufgabe Englands abgeleitet wurde, jeglichen hegemonialen Ambitionen in Europa entgegenzutreten und damit dem Frieden zu dienen. So bezeichnete der englische Staatsmann und Schriftsteller Joseph Addison im Jahre 1701 die Freiheit als Göttin Englands, die niemandem die Vorzüge eines angenehmeren Klimas – wie z. B. Italiens – neide, weil sie diese zu teuer

17 Zitiert nach Hans Heinz HOLZ, Gottfried Wilhelm Leibniz. Politische Schriften II, Frankfurt, Wien 1967, S. 166; ferner in: Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, Sämtliche Schriften und Briefe, hg. v. d. Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Vierte Reihe, Politische Schriften, Bd. I, Berlin 1971 (ursprünglich Darmstadt 1931), § 86; vgl. auch Notker HAMMERSTEIN, Heiliges Römisches Reich deutscher Nation und Europa: Übereinstimmung oder Entgegensetzung, in: BUCK (Hg.), Der Europa-Gedanke (wie Anm. 4), S. 134.

bezahlen müßte. Mögen andere Paläste, Gemälde und Statuen lieben; das Anliegen Englands sei es, über das Schicksal Europas zu wachen, anmaßenden Königen entgegenzutreten und die Bitten ihrer bedrohten Nachbarn zu erhören¹⁸. Ähnlich positiv hatte fünfzehn Jahre zuvor der Franzose Daniel Larroque England beurteilt, als er in einem Brief an den bereits genannten Pierre Bayle schrieb: *Plus je vois les Anglais et plus je les admire; généralement ils nous passent en tout*¹⁹.

Wie variabel aber sowohl in zeitlicher als auch in sachlicher Hinsicht die Vorstellung von der Vorbildhaftigkeit der politischen Organisation eines bestimmten europäischen Staates für Europa sein konnte, belegt ein weiteres Beispiel. In seinem 1756 veröffentlichten Auszug aus Saint-Pierres Schrift über den Ewigen Frieden bezeichnete Jean-Jacques Rousseau das Alte Deutsche Reich, dem an Weisheit kein anderes gleichkomme²⁰, geradezu als Modell eines Zukunftseuropas. *Was in Wirklichkeit das europäische Staatensystem aufrechterhält, so gut das gehen mag, ist in der Hauptsache das Spiel der Verhandlungen, die sich nahezu allzeit im Gleichgewicht halten: aber dieses System hat noch eine andere wirksamere Stütze, nämlich das Deutsche Reich, das vom Herzen Europas aus alle anderen Mächte im Zaume hält und vielleicht der Sicherheit der anderen noch mehr dienen kann als seiner eigenen; durch seine Größe und die Zahl und Tapferkeit seiner Völker ein achtunggebietendes Reich, dessen Verfassung allen von Nutzen ist, die, indem sie ihm die Mittel und den Willen zu Eroberungen unterbindet, es zugleich zu einer Klippe der Eroberer macht. Unerachtet der Fehler der Reichsverfassung ist es doch gewiß, daß, solange sie besteht, das Gleichgewicht Europas nicht verletzt werden kann, daß kein Herrscher zu befürchten hat, von einem anderen entthront zu werden, und daß der westfälische Friedensvertrag vielleicht für immer die Grundlage des politischen Systems unter uns bleiben wird. Das öffentliche Recht, das die Deutschen so gründlich studieren, ist somit noch weit wichtiger, als sie glauben, denn es ist nicht allein das germanische öffentliche Recht, sondern in gewissem Sinne das von ganz Europa*²¹. Die Anklänge an die bereits vorgetragene Konzeption von Leibniz, der in diesem Zusammenhang auch betont hatte, daß die Unüberwindlichkeit eines reformierten Deutschen Reiches die »Bellicosität« der europäischen Staaten *nach eines Stromes Art, der wider einen Berg trifft*²², in eine andere Richtung lenken werde, sind auffällig. Gleichwohl ist daraus nicht eine bewußte Anknüpfung Rousseaus an Leibniz zu schlußfolgern.

Daß die in den zitierten Passagen formulierten Vorstellungen von der Vorbild-

18 Joseph ADDISON, A letter from Italy, to the right honourable Lord Halifax, in the year 1701, zitiert über HAZARD, *La crise de la conscience européenne* (wie Anm. 2), S. 70f.; vgl. auch Gerhard A. RITTER, *Parlament und Demokratie in Großbritannien. Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems*, Göttingen 1972, S. 61.

19 Daniel Larroque à Pierre Bayle, 12 juillet 1686, zitiert über HAZARD, *La crise de la conscience européenne* (wie Anm. 2), S. 71.

20 Jean-Jacques ROUSSEAU, Auszug aus dem Plan des Ewigen Friedens des Herrn Abbé de Saint-Pierre 1756/1761, in: Kurt von RAUMER, *Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*, Freiburg, München 1953, S. 344.

21 ROUSSEAU, Auszug aus dem Plan des Ewigen Friedens des Herrn Abbé de Saint-Pierre, in: RAUMER, *Friedensrufe und Friedenspläne* (wie Anm. 20), S. 351f.; vgl. auch Kurt von RAUMER, *Absoluter Staat, korporative Libertät, persönliche Freiheit*, in: Hanns Hubert HOFMANN (Hg.), *Die Entstehung des modernen souveränen Staates* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 17), Köln, Berlin 1967, S. 186.

22 HOLZ, *Leibniz. Politische Schriften II* (wie Anm. 17), § 93; vgl. auch HAMMERSTEIN, *Heiliges Römisches Reich deutscher Nation* (wie Anm. 17), S. 135.

funktion eines bestimmten Staates oder von der Überlegenheit der Europäer über die Nichteuropäer durchaus auch eine nicht ungefährliche Dimension haben bzw. zumindest in Zweifel gezogen werden konnten, wurde – wie Gollwitzer zu Recht feststellt – von einer zahlenmäßig unbedeutenden, in literarisch-publizistischer Hinsicht aber einflußreichen Gruppe von Intellektuellen erkannt. So schrieb Montesquieu in seinen, die Jahre von 1716 bis 1755 umfassenden »Cahiers«: *Si je savais quelque chose utile à ma patrie et qui fut préjudiciable à l'Europe, ou bien qui fut utile à l'Europe et préjudiciable au Genre humain, je la regarderais comme un crime*²³. An anderer Stelle hat er sich ähnlich geäußert. Diese Feststellung Montesquieus und die zuvor wiedergegebenen Zitate provozieren geradezu die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und dem Rekurs auf Europa, bzw. die Frage nach der jeweiligen politischen Instrumentalisierung des Begriffes Europa oder der europäischen Staatenwelt. Diesem Fragenkomplex sind die folgenden Ausführungen gewidmet.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die latente oder manifeste äußere und innere Bedrohung der Freiheit der europäischen Staatenwelt im 17. Jahrhundert – zunächst durch Habsburg-Spanien, dann durch die zunehmend in einen konfrontativ-aggressiven Kurs umschlagende Außenpolitik Frankreichs unter Ludwig XIV. und schließlich durch die von den Osmanen ausgehende Gefährdung der Christenheit – die Entfaltung der Idee einer europäischen Solidargemeinschaft gefördert und zu einer zunehmenden politischen Instrumentalisierung des Europa-Begriffs geführt hat. Diese Feststellung resultiert jedenfalls aus einer stichprobenartigen Analyse der europabezogenen Publizistik des 17. Jahrhunderts, für die indessen eine moderne quantifizierende Untersuchung des Gesamtspektrums noch aussteht, sowie aus einschlägigen Aussagen führender Politiker jener Zeit. So ist es bezeichnend, daß der französische Verfasser des »Discours au Roy Henry III, sur les moyens de diminuer l'Espagnol, du 24 avril 1584« nicht nur energisch für die Abwehr der ständigen Übergriffe der Hegemonialmacht Spanien sowie für eine Unterstützung des vom französischen König geführten antispansischen Verteidigungskampfes durch ein Bündnis europäischer Mächte mit der Begründung plädierte, daß dies auch in deren Interesse läge, sondern gleichzeitig auch für Frankreich die führende Position in Europa reklamierte. Der französische König, so führte er aus, solle den Bürgerkrieg im Innern des Königreichs beenden, die spanischen Niederlande erobern und – wenn möglich – die deutsche Kaiserkrone erwerben. Auf dieser Basis sei es ihm möglich, einen fast ganz West- und Mitteleuropa umfassenden antihabsburgischen Bund zu organisieren und sich an dessen Spitze zu stellen²⁴. Der anonyme französische Autor rekurrierte also zur Abwehr der drohenden spanischen Universalmonarchie nicht nur auf die Unterstützung Frankreichs durch die europäischen Mächte, sondern attestierte dem französischen König wegen seines Engagements gegen Spanien und im Interesse West- und Mitteleuropas das Recht, eine führende, eine politisch herausgehobene Position in Europa beanspruchen zu können. Für Richelieu lassen sich einige Jahrzehnte später zwar insgesamt wesentlich realistischere, im Hinblick

23 MONTESQUIEU, Cahiers 1716–1755. Textes recueillis et présentés par P. GRASSET, Paris 1941, S. 10; vgl. auch GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke (wie Anm. 12), S. 61.

24 E. KAEBER, Die Idee des europäischen Gleichgewichts in der publizistischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1907 [ND Hildesheim 1971], S. 24f.

auf die Rolle Frankreichs in Europa aber zumindest ähnliche Formulierungen belegen, worauf später noch näher einzugehen ist.

Generell ist festzustellen, daß die von Spanien in jenen Jahrzehnten ausgehende – oder zumindest als solche empfundene – Bedrohung aller Staaten in der Propaganda zum Anlaß genommen wurde, Schlußfolgerungen zu ziehen, die zum einen den Bereich der praktischen Politik betrafen, zum anderen aber auch eine theoretische Begründung des Widerstandes gegen Spanien lieferten. »Wenn durch das Ausgreifen Spaniens alle Herrschaften bedroht seien«, so wurde argumentiert, »seien alle verpflichtet, im eigenen Interesse dem Angegriffenen zur Hilfe zu eilen, denn nur so könne verhindert werden, daß das Fundament für die zukünftige Universalmonarchie gelegt werde«²⁵. Der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Aktion gegen die von Spanien ausgehende Bedrohung erhob sich nicht nur in Frankreich, sondern verständlicherweise auch in den in erster Linie betroffenen Niederlanden und ebenfalls in anderen Staaten²⁶.

Unter dem Ministeriat des Kardinal-Premiers Richelieu war die französische Außenpolitik weiterhin bestimmt vom Kampf gegen Habsburg, gegen Spanien zunächst, dann aber auch gegen das Gesamthaus. Er war davon überzeugt, daß Spanien die Universalmonarchie anstrebe. Es bedrohe damit Frankreich, aber auch die gesamte Christenheit. Die prinzipienlose Machtpolitik Spaniens, sein Streben nach der Universalmonarchie seien letztlich verantwortlich für die Zerstörung der katholischen Religion und für die Kirchenspaltung. Wenn also der französische König, dessen Monarchie von allen Seiten von der habsburgischen Macht umschlossen und unmittelbar bedroht sei, der ehrgeizigen Hegemonialpolitik entgegentrat, die Spanien unter dem Vorwand verfolge, Verteidiger des Katholizismus zu sein, dann betrachtete Richelieu dies nicht allein als einen Akt gerechtfertigter Selbstverteidigung, sondern auch – und vor allem – als eine Maßnahme zum Schutz der Christenheit und im Interesse des allgemeinen Friedens. Zur Abwehr der vom Haus Habsburg nicht nur für Frankreich, sondern ganz Europa ausgehenden Gefahren sei es daher erforderlich, wie Richelieu im Staatsrat vom 11. Juli 1624 ausführte, die beiden Häuser Habsburg zu spalten und Frankreich als Gegengewicht zu konstituieren. *L'intérêt de son Etat [d.h. des Staates des französischen Königs] et de toute l'Europe est grand; l'union des Etats de la Maison d'Autriche séparés – ôte le contre-poids de la puissance de la France – qui donne la liberté à la chrétienté*²⁷. »Das war«, wie Hermann Weber zu Recht urteilt, »das außenpolitische Lebensprogramm Richelieus«²⁸.

25 Franz BOSBACH, *Monarchia Universalis. Ein politischer Leitbegriff der Frühen Neuzeit* (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 32), Göttingen 1988, S. 80.

26 BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 80.

27 *Avis de 1624* in: *Mémoires du Cardinal de Richelieu, publiés ... par la Société de l'Histoire de France*, IV (1624), Paris 1920, S. 203–212; Zitate, S. 203, 205; vgl. auch Klaus MALETTKE, *Richelieus Außenpolitik und sein Projekt kollektiver Sicherheit*, in: Peter KRÜGER (Hg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems* (= Marburger Studien zur Neueren Geschichte, Bd. 1), Marburg 1991, S. 59f.; Hermann WEBER, *Chrétienté et équilibre européen dans la politique du Cardinal de Richelieu*, in: *XVII^e Siècle* 166 (1990), S. 9f.

28 Hermann WEBER, *Richelieu und das Reich*, in: Heinrich LUTZ, Friedrich Hermann SCHUBERT, Hermann WEBER, *Frankreich und das Reich im 16. und 17. Jahrhundert*, Göttingen 1968, S. 38.

Damit aber Frankreich seine Funktion als Gegengewicht gegen Spanien und Protektor der Christenheit erfüllen könne, müsse es, so betonte Richelieu immer wieder, auch durch territoriale Ausdehnung, besonders an der Ostgrenze des Königreichs, dazu in die Lage versetzt werden. Der Kardinal ging aber noch einen Schritt weiter. Nach der Niederschlagung des Aufstandes der Hugenotten und der Eroberung von La Rochelle, wodurch er einen größeren außenpolitischen Handlungsspielraum für seine antispanische Politik erlangte, formulierte er 1629 als Ziel seiner politischen Strategie: *rendre le Roi le plus puissant monarque du monde et le prince le plus estimé*²⁹. Die von Frankreich im Interesse der Christenheit, zur Wiederherstellung und Sicherung der Freiheit Europas zu übernehmende Rolle wurde also auch von Richelieu mit dem Ziel verknüpft, die Stellung Frankreichs und seines Königs in Europa erheblich zu stärken. Enthält aber, so kann man fragen, die soeben zitierte Formulierung des Kardinals nicht das Eingeständnis, daß er für Frankreich seinerseits nach der Universalmonarchie strebe, nach der Errichtung der französischen Universalmonarchie? Eine so weitgehende Interpretation ist zumindest nicht zwingend, sie entspricht wohl auch nicht der Logik der Konzeption Richelieus. Dieser Konzeption zufolge erlangte der französische König seine herausgehobene Stellung, seine Größe, als Befreier und Protektor der Christenheit. Er erreichte diese Position nicht allein dadurch, daß er in der Christenheit Freiheit und Frieden wiederherstellte, sondern daß er zukünftig – wenn nicht der einzige, so doch der wichtigste – Garant dieses Systems sein würde³⁰.

Wenn Richelieu von Christenheit (*chrétienté*) sprach – den Begriff Europa benutzte er seltener – und es nicht für erforderlich hielt, den Terminus »chrétienté« zu definieren, dann wohl deshalb, weil ihm dieser Begriff noch vollkommen geläufig war und nach seiner Meinung keiner inhaltlichen Erläuterung bedurfte. Zu Richelieus Zeit mutet diese Bezeichnung aber bereits etwas anachronistisch an, denn »der Begriff ›Christenheit‹ unterliegt schon im 16. Jahrhundert und noch weit mehr im 17. Jahrhundert einer zunehmenden Entsakralisierung, und es war schließlich nur folgerichtig, als man von ›Christianitas‹ zu dem neutralen und ganz diesseitigen ›Europa‹ überging«³¹.

An der hier nur skizzierten Grundkonzeption der Außenpolitik Richelieus, die auch die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa einschloß, worauf ich im zweiten Teil meiner Ausführungen näher eingehen werde, hielt auch der Nachfolger Richelieus, der Kardinal Mazarin, zumindest zu Beginn des Westfälischen Friedenskongresses fest. Unter Rückgriff auf einen Text Richelieus charakterisierte der neue Kardinal-Premier die Friedensziele Frankreichs wie folgt: *Sa Majesté ne prétend point s'agrandir en Allemagne et en Italie aux dépens d'autrui ... Elle désire seulement une bonne Paix en toute la Chrestienté et que les affaires soient en quel estat que, si les Espagnolz [!] ne veulent vivre en repos par la considération de la raison, on puisse les y obliger par celle d'une bonne et puissante union, en laquelle le Roy ne veut entrer que pour contribuer à une si bonne fin sans aucun intérêt*³². Die in

29 Zitiert über WEBER, *Chrétienté et équilibre européen* (wie Anm. 27), S. 14.

30 WEBER, *Chrétienté et équilibre européen* (wie Anm. 27), S. 14f.

31 GOLLWITZER, *Europabild und Europagedanke* (wie Anm. 12), S. 42.

32 *Acta Pacis Westphalicae*. Serie I. Instruktionen, Bd. 1: Frankreich, Schweden, Kaiser, bearbeitet von Fritz DICKMANN u. a., Münster 1962, S. 62.

diesem Text auffällige und wohl auch auf die zu jenem Zeitpunkt gegebenen spezifischen politischen Rahmenbedingungen zurückzuführende Zurückhaltung Mazarins sowohl in Hinsicht auf französische territoriale Forderungen als auch im Hinblick auf die von Frankreich angestrebte Führungsrolle in Europa ist dann in der Folgezeit mehr und mehr aufgegeben worden.

Generell läßt sich feststellen, daß die Zeitgenossen des Dreißigjährigen Krieges mit dem mehr und mehr zum Kampfbegriff gewordenen Terminus Universalmonarchie, klare, auf die jeweils aktuelle europäische Politik bezogene Bedeutungen verknüpften: Für sie waren die Ambitionen des Hauses Habsburg, eine Universalmonarchie zu errichten, der Hauptgrund für den Dreißigjährigen Krieg. »Der Begriff der Universalmonarchie bezeichnete eine frühneuzeitliche Vorstellung von der Gestaltung der Machtbeziehungen zwischen europäischen Herrschaftsverbänden. Die Vorstellung lehnte sich im Bild der Oberherrschaft teilweise noch an mittelalterliche Vorstellungen von universaler Herrschaft an, teilweise bezeichnete sie aber auch schon den Vorrang eines europäischen Staates vor den übrigen aufgrund seiner politisch-militärischen Stärke«³³. Für die Feinde des Hauses Habsburg bot der Rückgriff auf die Formel von der drohenden Universalmonarchie das willkommene Argument vom gerechten Krieg, mit dem sich eine militärische Interventionspolitik begründen ließ. Mit diesem Argument konnten die eigenen Reaktionen und Aktionen als Akte der Selbstverteidigung gerechtfertigt werden.

Wie Franz Bosbach in seiner Untersuchung über die Geschichte des politischen Leitbegriffes »*Monarchia Universalis*« in der Frühen Neuzeit nachgewiesen hat, waren in den Jahrzehnten des Dreißigjährigen Krieges »als Bedingungen für die Möglichkeit [der soeben dargelegten] Argumentation drei Faktoren entscheidend: das Fortbestehen der Vorstellungen von der korporativen Formiertheit der christlichen Staaten Europas; die Kombinationsmöglichkeit mittelalterlicher universaler Herrschaftskonzeption mit Elementen frühneuzeitlicher Kriterien der Herrschaftsgestaltung; und schließlich die zunehmende Ablehnung religiös begriffener universaler Ordnungs- und Herrschaftsansprüche und die damit einhergehende Abgrenzung der Herrschaftsverbände zu neuzeitlichen souveränen Staaten«³⁴.

Eine gänzlich andere Variante der politischen Instrumentalisierung des Begriffes Europa findet man in den 1612/13 in Venedig erschienenen »*Ragguagli Parnaso*« des Trajano Boccalini. Der im Jahre 1556 in Loreto geborene, juristisch gebildete und literarisch interessierte Italiener verbrachte den größten Teil seines Lebens in Rom. Dort erlangte er die Gunst mehrerer Kardinäle und wirkte auf dem Kapitol im Tribunal des Stadtgouverneurs. Er gehörte zur antspanischen Partei und zog 1612 nach Venedig, weil er in Rom den Verdacht der Inquisition auf sich gelenkt hatte³⁵.

Für unseren Zusammenhang ist eine geistreiche Parnaßszene von Relevanz, in der die Fürsten Europas eine Liga zugunsten der monarchischen Interessen zu schließen versuchen, um die ansteckende Idee der Freiheit gemeinsam abzuwehren, die von den deutschen und niederländischen Republiken ausgehe. Die dieser Thematik von

33 BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 105.

34 BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 106.

35 Trajano Boccalini wurde 1556 in Loreto geboren und starb am 26. November 1613 in Venedig, nach einem nicht gesicherten Gerücht durch die Hand eines von Spanien gedungenen Mörders. Serie »*Ragguagli di Parnaso*« erschienen in einer Neuausgabe der »*Scrittori d'Italia*, Bari 1910, 1912, 2 Bde.«.

Boccalini gewidmete Passage, in der die »Heilige Allianz« von 1815 antizipiert wird, endet mit der wechselseitigen Versicherung der Fürsten, einander gegen die Ausbreitung der Republiken zu helfen. Daß aber derartige Absprachen zu gemeinsamem Handeln zumeist unter dem unausgesprochenen Vorbehalt der Beteiligten stehen, sich an den gemeinschaftlichen Aktivitäten nur solange zu beteiligen, wie diese auch dem eigenen Vorteil dienen, spricht Boccalini offen aus. In seiner Parnaßszene sichern sich die Fürsten zwar eifertig zu, einander gegen die Republiken zu helfen. In seinem Innern nimmt sich jedoch jeder vor, nur seinem eigenen Interesse entsprechend zu handeln³⁶.

Waren insbesondere französische Publizisten und Politiker bis in die Zeit Ludwigs XIV. hinein davon überzeugt, im Interesse der Christenheit und der Freiheit Europas einen berechtigten Abwehrkampf gegen die drohende Universalmonarchie Spaniens zu führen und dafür nicht nur den Beifall, sondern auch die Unterstützung Europas zu verdienen, so erhoben sich bereits während des Dreißigjährigen Krieges außerhalb Frankreichs Stimmen, die den Vorwurf, die Universalmonarchie anzustreben, nun gegen den französischen König richteten. So warf der kaiserliche Publizist von Warendorff in einer 1641 publizierten Broschüre Frankreich nicht nur maßlosen Ehrgeiz vor, sondern verurteilte auch die Bedenkenlosigkeit der Franzosen, *die Feindschaft der Affektierten allgemeinen Monarchie, die sie bisher wider die Spanier mit so großem Geschrei erwecket, auff sich zu lenken*. Wenn also die Christenheit, so fuhr von Warendorff fort, mit *gesambleter Macht und mit einhelligem Gemüth* gegen eine einzelne Macht zu Felde ziehen solle, so müsse Frankreich das Ziel eines europäischen Verteidigungskrieges sein³⁷. Seither benutzten die Gegner Frankreichs den Begriff der Universalmonarchie bis zum Ende des Spanischen Erbfolgekrieges 1713/1714 als zentralen Interpretationspunkt der Politik Ludwigs XIV. Dem *roi soleil* und nicht dem spanischen König Philipp IV., Frankreich und nicht mehr der *Casa d'Austria* oder Spanien wurde nunmehr allgemein der Vorwurf gemacht, nach der ganz Europa bedrohenden Universalmonarchie zu streben. Die logische Konsequenz, die sich daraus für die Gegner Ludwigs XIV. ergab, war der immer lauter werdende Ruf nach einem gemeinsamen Handeln Europas zur Abwehr dieser alle europäischen Staaten betreffenden Bedrohung.

Dem französischen König, dessen Politik seit Ende der 60er Jahre immer aggressiver wurde, obwohl er selbst von deren defensiven Charakter überzeugt war³⁸, wurde in der Publizistik zwar bestritten, daß er mit seinem Streben nach der Universalmonarchie die Qualitäten seiner universalen Herrschaftsvorbilder erreichen könne, man warf ihm aber um so heftiger vor, seinen Machtbereich zum *regnum Europae*, zu einer »großen Monarchie«, eben zur »monarchia Francia«

36 Trajano BOCCALINI, Ragguagli di Parnaso, in: Scrittori d'Italia, Bari 1910, Bd. 1, S. 17ff.; vgl. auch MEINECKE, Die Idee der Staatsräson (wie Anm. 11), S. 93f.

37 Wunefried Alman von WARENDORFF, Jean Petage, oder französischer Brillenreißer..., 1641; zitiert über KAEBER, Die Idee des europäischen Gleichgewichts (wie Anm. 24), S. 45f.

38 Zur Außenpolitik Ludwigs XIV. vgl. Klaus MALETTKE, Ludwigs XIV. Außenpolitik zwischen Staatsräson, ökonomischen Zwängen und Sozialkonflikten, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV. (= Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 11), Berlin 1991, S. 43–72.

ausdehnen zu wollen³⁹. Außerdem wurde Ludwig XIV. immer wieder vorgehalten, sich die Rolle eines *Arbiter* in der internationalen Politik anzumaßen.

Generell besaß das in der Publizistik gezeichnete Bild von der Universalmonarchie während der Regierung Ludwigs XIV. ausschließlich negative Züge. Wie schon in den vorangegangenen Epochen beinhaltete dieses Bild die Vorstellung »von einer die Einzelstaaten Europas übergreifenden Herrschaftsform, von der bestimmender Einfluß auf die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa ausgehe«⁴⁰. Es wurde zumeist benutzt, um die Politik des Sonnenkönigs zu disqualifizieren. Für seine Gegner besaß der Rückgriff auf den Vorwurf, Ludwig XIV. strebe die Universalmonarchie an, einen doppelten Vorteil: er lieferte ihnen eine willkommene Möglichkeit zur Interpretation der Politik Frankreichs und bot ihnen das zentrale Argument nicht nur zur Begründung ihrer jeweils eigenen Aktionen, sondern auch für den Ruf nach einem gemeinsamen Handeln Europas gegen diese Herausforderung. »Jeder der Kriege Ludwigs XIV. in Europa wurde von solchen publizistischen Angriffen seiner Gegner begleitet und erklärt, wobei der Kern der Argumentationsfunktion darin lag, den jeweiligen aktuellen Anlaß als Vorstufe für die universale Herrschaft zu interpretieren, von der in absehbarer Zukunft zunächst einzelne, dann zunehmend mehr und schließlich alle europäischen Staaten bedroht seien«⁴¹. Derartige Argumentationsmuster fanden sich nicht nur in propagandistischen Flugschriften, sondern mehr und mehr auch im internen Sprachgebrauch sowie in regierungs-offiziellen Manifesten der europäischen Mächte.

Die zunehmende Aggressivität Frankreichs und die – zumindest eine Zeitlang – zu beklagende Unentschlossenheit der übrigen Staaten ließen seit Ende der 60er Jahre die Forderung nach europäischer Solidarität unter Hintanstellung bilateraler Differenzen immer stärker werden. Dies belegt eine stichprobenartige Durchsicht der einschlägigen Flugschriften und Traktatliteratur. So attackierte der kaiserliche Diplomat Franz Paul, Freiherr von Lisola in seiner 1667 publizierte Schrift »Bouclier d'Etat et de justice contre le dessein manifestement decouvert de la monarchie universelle sous le vain pretexte des pretentions de la reyne de France« nicht nur die Ambitionen Ludwigs XIV., eine Universalmonarchie anzustreben, sondern er appellierte auch an die den europäischen Fürsten gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit Europas sowie an ihre Pflicht, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu erhalten. Lisola und andere forderten eine allgemeine europäische Allianz gegen Ludwig XIV.⁴²

In den 70er und 80er Jahren schwillt die Zahl der Schriften ähnlichen Inhalts stark an, wie die folgende Wiedergabe der Titel der wichtigsten belegt. Ihnen allen ist die Forderung nach einem gemeinsamen Handeln Europas, nach einer europäischen Allianz, mit einem Wort: der Rekurs auf Europa gemeinsam. Inwieweit und ob

39 Vgl. BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 109.

40 BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 121.

41 BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 118.

42 Vgl. dazu Rudolf MEYER, *Die Flugschriften der Epoche Ludwigs XIV. Eine Untersuchung der in schweizerischen Bibliotheken enthaltenen Broschüren, 1661–1679* (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 50), Basel, Stuttgart 1955, S. 132–139; KAEBER, *Die Idee des europäischen Gleichgewichts* (wie Anm. 24), S. 48–52. – Zu Lisola siehe Alfred F. PRIBRAM, *Franz Toul, Freiherr von Lisola, 1613–1674, und die Politik seiner Zeit*, Leipzig 1894.

überhaupt derartige Appelle unmittelbar konkrete Wirkung zeitigten und in direktem Zusammenhang mit den sich seit dem Überfall Ludwigs XIV. auf die Republik der Vereinigten Niederlande im Jahre 1672 formierenden europäischen Koalitionen gegen Frankreich zu sehen sind, ist schwer zu beurteilen. Sicherlich haben sie mit dazu beigetragen, den Boden dafür zu bereiten, das Bewußtsein der allgemeinen Bedrohung Europas und die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer Gegenmaßnahmen nicht nur zu schärfen, sondern auch breiteren Schichten zu vermitteln.

Unter den in ihrem Titel auf Europa zurückgreifenden politischen Schriften sind hier besonders hervorzuheben: die »Politische[n] Betrachtungen über den gegenwärtigen Zustand deß gantzen ietzo lebenden Europae ... Darinnen auch ein Bedencken Von denen Ursachen der uns ob den Halß schwebenden Kriegen ... nebst einen guthen Rath wie der Friede in Europa zu erhalten« aus dem Jahre 1672; die beiden aus demselben Jahre stammenden Traktate »Conference Infructueuse De Windischgratz, Ou Violence De la France ... Treuhertzige Warnung An Alle Christliche Potentaten und Stände Europae...« und »L'Europa Gelosa Overo La Gelosia de 'Prencipati Dell' Europa, Colonia 1672«; der »Mars Europaeus. Der so bald auff den Neuen Vermeynten Friedens – wieder erfolgte Erschröckliche Kriegs-Currier« aus dem Jahre 1674; die von Jean Paul, Comte de Sardan⁴³, einem französischen Oppositionellen erstmals 1677 publizierte Schrift »L'Europe Esclave Si L'Angleterre ne rompt ses fers«. Diese Schrift stieß auf ein weitverbreitetes Interesse. Sie wurde zuerst 1677 in Köln veröffentlicht. Weitere Auflagen folgten in den Jahren 1678, 1680, 1681, 1682, 1689 und 1702. Bereits 1678 erschien eine deutsche Übersetzung unter dem Titel »Das zur Dienstbarkeit gebrachte Europa«. Drei Jahre später folgte die englische Ausgabe »Europe a Slave, unless England break her chains, discovering the great designs of the French-Popish party in England for several years past«. Und schließlich wurde 1677 und 1678 auch eine holländische Übersetzung publiziert unter dem Titel »Europa tot slavin gemaect, so Engelandt niet haer boeyen brecht«⁴⁴.

Es folgten die »Staatsmaximen und vermeinte ansprüche der Frantzosen an das römische und teutsche reich und alle europäische völker, worunter sie die fünffte universalmonarchie einzuführen suchen« aus dem Jahr 1687; die von Thomas Manley 1689 publizierte Schrift »The present state of Europe briefly examined and found languishing, occasioned by the greatness of the French monarchy for cure where of a remedy from former examples is humbly proposed«⁴⁵; die im selben Jahre in Den Haag herausgebrachten »Les moyens de délivrer l'Europe de l'usurpation de la France«; das von Gregorio Leti verfaßte und 1689 in Amsterdam veröffentlichte zweibändige Werk: »La monarchia universale del re Luigi XIV.« Das Buch, in dem Leti sich als begeisterter Anhänger Wilhelms III. von Oranien und als entschiedener

43 Vgl. dazu Klaus MALETTKE, *Opposition und Konspiration unter Ludwig XIV. Studien zu Kritik und Widerstand gegen System und Politik des französischen Königs während der ersten Hälfte seiner persönlichen Regierung* (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 49), Göttingen 1976, S. 224–234.

44 Vgl. MEYER, *Die Flugschriften der Epoche Ludwigs XIV.* (wie Anm. 42), S. 264–346; MALETTKE, *Opposition und Konspiration unter Ludwig XIV.* (wie Anm. 43), S. 231 f.

45 Friedrich KLEYSER, *Der Flugschriftenkampf gegen Ludwig XIV. zur Zeit des pfälzischen Krieges* (= Historische Studien, Heft 270), Berlin 1935, S. 167; BOSBACH, *Monarchia Universalis* (wie Anm. 25), S. 139 u. 144.

Gegner einer drohenden französischen Universalmonarchie erweist, hat in seiner Zeit offenbar große Verbreitung und Beachtung gefunden⁴⁶. Auf dieses Buch antwortete ein Jahr später die in Utrecht publizierte Flugschrift »L'Europe ressuscité du tombeau de M. Leti ou Réponse à la Monarchie Universelle de Louis XIV« (Deutsche Ausgabe: »Das vor kurtzverwichenen Jahren von der Cron Franckreich zwar etwas eingeschläfferte, nunmehr aber neu erweckt – und erwachte Europa. Cölln o. J.«) und der »Europäische staatsrath oder gründlicher Bericht wie sich die hohen potentaten in Europa gegen die monarchische einbildungen des königs in Franckreich zu verhalten haben«⁴⁷. In Köln erschienen im Jahre 1694 die beiden Abhandlungen »Le salut de l'Europe considéré dans un état de crise. Par l'auteur de la Réponse au discours de M. de Rébenac. Cologne 1694«⁴⁸ und die »Politique nouvelle de la cour de France sous le règne de Louis XIV, où l'on voit toutes les intrigues et sa manière présente d'agir à l'égard de toutes les puissances de l'Europe, uniquement pour satisfaire à l'ambition et à la grandeur de son monarque, Köln, Pierre Marteau 1694«⁴⁹. Zwei Jahre zuvor war in London »The Present State of Europe« herausgekommen, der 1697, 1703, 1706 und 1709 in weiteren Ausgaben erschien⁵⁰.

Von den während der letzten fünfzehn Jahre der Regierung Ludwigs XIV. publizierten einschlägigen Flugschriften seien hier nur genannt: »The danger of Europe, from the growing power of France« vom November 1701⁵¹, »L'Esprit des cours de l'Europe« herausgegeben von N. de Guendeville in Den Haag und Amsterdam 1701 und 1705⁵², der »Clarín de la Europa, hypocresia descifrada, España advertida, verdad declarada, Barcelona 1705«⁵³, die »Europäische Fama«, Leipzig 1704, 1705, die »Les Soupirs de l'Europe ... or The Groans of Europe«, London 1713⁵⁴, die »La balance de l'Europe ou la recherche des dangers respectifs qu'il y a de donner la monarchie d'Espagne à l'Empereur aussi bien que au roi Rphilippe avec les suites qui pourront naître de l'un et de l'autre, traduit de l'Anglois, Namur 1712« sowie die »Two essays on the balance of Europe, the first written in French and translated into English, the second by the translator of the first essay« von 1720⁵⁵.

Gefördert wurde das sich in diesen Schriften artikulierende Europabewußtsein, der Rekurs auf die europäische Solidarität der europäischen Staatengemeinschaft zur Abwehr der von Frankreich ausgehenden Gefahren aber auch durch die Bedrohung der europäischen Christenheit durch die Osmanen, die sich in der Belagerung Wiens im Jahre 1683 noch einmal dramatisch zuspitzte. Diese Bedrohung Europas durch die Osmanen hatte Manifestationen europäischer Solidarität lange nicht gekannten Ausmaßes zur Folge. Sie förderte die Einsicht, »daß man für die Bewahrung der

46 Vgl. KLEYSER, Der Flugschriftenkampf gegen Ludwig XIV., S. 65 f.

47 BOSBACH, Monarchia Universalis (wie Anm. 25), S. 134.

48 KLEYSER, Der Flugschriftenkampf gegen Ludwig XIV. (wie Anm. 45), S. 167 f.

49 BOSBACH, Monarchia Universalis (wie Anm. 25), S. 141.

50 Joseph KLAITS, Printed Propaganda under Louis XIV. Absolute Monarchy and Public Opinion, Princeton, New Jersey, 1976, S. 314.

51 KAEBER, Die Idee des europäischen Gleichgewichts (wie Anm. 24), S. 64.

52 KLAITS, Printed Propaganda under Louis XIV (wie Anm. 50), S. 310.

53 BOSBACH, Monarchia Universalis (wie Anm. 25), S. 131.

54 KLAITS, Printed Propaganda under Louis XIV (wie Anm. 50), S. 310.

55 BOSBACH, Monarchia Universalis (wie Anm. 25), S. 137 u. 145.

eigenen politisch-kulturellen Identität ggf. unter Vernachlässigung und Hintanstellung bilateraler Differenzen zusammenstehen müsse«⁵⁶.

Europa, das war auf dem hier zur Diskussion stehenden Felde der Politik und angesichts der die europäischen Staaten gemeinsam treffenden Gefahr eine Abwehrgemeinschaft, eine sich formierende Gesamtheit in der Vielgestaltigkeit der Staaten, die sich trotz allen geistig-politischen Widerstreits auf gleicher Grundlage befanden, auf der des Christentums. Gegen Ende der Regierung Ludwigs XIV. verlagerte sich der Schwerpunkt in der Argumentation gegen die drohende Universalmonarchie von der starken Betonung der Berechtigung, eine in Zielsetzung und Ausführung als Unrecht erkannte Politik des Gegners zu bekämpfen, auf den zunehmenden Rekurs auf das Recht, einen Ordnungszustand im Zeichen des Gleichgewichts unter den europäischen Staaten herzustellen und zu bewahren. Aus der Verbindung der Diskussion über Universalmonarchie und Gleichgewicht resultierte mehr als nur eine neue Zuordnung von Begriffen: darin manifestierte sich auch ein Wandel im Denken über die Ausgestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen und Politik. Die theologisch-christlich geprägte Konzeption von der korporativen Struktur Europas wurde mehr und mehr durch die wertneutrale mechanistische Vorstellung vom Gleichgewicht abgelöst. »In einer ungewöhnlich kurzen Zeitspanne wurde diese Metapher, die so ganz dem physikalischen Weltbild der Epoche entsprach, zur quasi-ideologischen Begründung nicht nur des Kampfes gegen die französische Hegemonie, sondern einer neuen europäischen Staatenordnung, die politische und territoriale Verschiebungen zwar nicht grundsätzlich mit dem Bannfluch belegte, sie aber doch von einem breiten Konsens zumindest der Großmächte abhängig machte und damit den politischen Freiraum und das Existenzrecht gerade der mittleren und kleineren Staaten indirekt ganz wesentlich stärkte«⁵⁷.

Wesentlich beigetragen zur Entwicklung eines Grundbestandes gemeinsamer Überzeugungen, Denk- und Verhaltensweisen in Alteuropa hat aber auch das *Jus Publicum Europaeum*. Diese Disziplin der Rechtswissenschaft gewann seit dem letzten Viertel mehr und mehr an Boden. Ging es ihr – sozusagen nach Innen gerichtet – um die Erfassung und Analyse der öffentlichen Rechtsordnung in den verschiedenen europäischen Staaten, handelt es sich auf diesem Felde also um eine »Art vergleichender Staats- oder Regierungslehre bzw. vergleichenden Öffentlichen Rechts«⁵⁸, so befaßte sie sich – nach Außen orientiert – mit dem zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen. Als Ergebnis der hier nicht zu erörternden Entwicklung auf diesem Sektor ist festzustellen, daß nicht nur die Juristen sondern auch weite Teile der Führungseliten spätestens um 1720 von der Existenz eines dichten Netzwerkes von Rechten und Verbindlichkeiten überzeugt waren, das die europäischen Staaten miteinander verknüpfte.

56 DUCHHARDT, *Europabewußtsein und politisches Europa* (wie Anm. 4), S. 121. – Durch das Jubiläumsjahr 1983 haben die Forschungen zum »Türkenjahr« 1683 wesentliche Impulse erhalten; vgl. dazu Bernhard R. KROENER, Wien 1983. *Internationale Politik und Kriegführung im 17. Jahrhundert – Probleme der Forschung*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 12 (1985), S. 181–216.

57 DUCHHARDT, *Europabewußtsein und politisches Europa* (wie Anm. 4), S. 122f.

58 Dieter WYDUCKEL, *Recht, Staat und Frieden im Jus Publicum Europaeum*, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), *Zwischenstaatliche Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit* (= *Münstersche Historische Studien*, Bd. 1), Köln, Wien 1991, S. 185; vgl. auch Heinz MOHNHAUPT, »Europa« und »ius publicum« im 17. und 18. Jahrhundert (wie Anm. 5), S. 207–232.

Denjenigen Vertretern des *Jus Publicum Europaeum*, die sich weniger mit der praktischen Seite, mit der Rechts- und Verfassungswirklichkeit der Völker, sondern mehr mit den theoretischen, mit naturrechtstheoretischen Aspekten dieses Zweiges der Rechtswissenschaften beschäftigten, stand aber bereits Johann Jakob Moser recht kritisch gegenüber. Moser hielt ihnen entgegen, »leere süße Träume von einer übergreifenden europäischen Rechts- und Friedensgemeinschaft«⁵⁹ zu träumen, ohne deren praktische Realisierung hinreichend zu bedenken.

2. Europäisches Gleichgewicht und europäische Friedenspläne

Die Entwicklung der Idee des Gleichgewichts als Mittel zur Sicherung staatlicher Existenz reicht, wie durch die Arbeiten von Kaerber, Dupuis, Dehio, Zeller, Gruner und Luard aufgezeigt werden konnte, bis weit ins 16. und sogar ins 15. Jahrhundert zurück⁶⁰. In den Argumenten, die zugunsten der Schaffung eines politischen Gleichgewichts innerhalb des in zunehmendem Maße durch den Nationalstaat geprägten Staatensystems angeführt wurden, kann man einerseits geschickt verdeckte machtpolitische Zielsetzungen der jeweiligen Protagonisten wie aber andererseits auch durchaus ernstgemeinte Bemühungen und Konzeptionen zur Erlangung und Sicherung des Friedens erkennen. »Mit der Vorstellung vom Europäischen Gleichgewicht verbinden sich aber auch – nicht allein auf der literarischen und philosophischen Ebene –«, wie vor wenigen Jahren Wolf D. Gruner zu Recht konstatiert hat, »Überlegungen zur Wiederherstellung der seit dem Hochmittelalter verlorengegangenen Einheit, zur Realisierung des alten europäischen Traums von der Europäischen Föderation, vom Europäischen Völkerbund auf der Grundlage einer Gleichgewichtsordnung. Auf der europäischen Ebene verbinden sich so mit dem Gleichgewichtsgedanken auch Konzepte der Sicherheitspolitik und der Friedenswahrung«⁶¹. Es ist daher durchaus gerechtfertigt die Problematik des Gleichgewichts und Konzeptionen europäischer Friedenspläne im Zusammenhang zu behandeln. In den folgenden Ausführungen können natürlich die Entwicklung der Gleichgewichtsidee und die einzelnen Friedenspläne nicht im Detail erörtert werden. Im Mittelpunkt sollen vielmehr die Fragen nach den Motiven, nach dem Verhältnis von machtpolitischer Instrumentalisierung und ehrlichen Sicherheitsbemühungen der politischen Akteure sowie nach den Europakonzeptionen stehen, welche dem Gleichgewichtsgedanken und den Friedensplänen zugrunde lagen.

59 WYDUCKEL, *Recht, Staat und Frieden* (wie Anm. 58), S. 203 f.

60 KAEBER, *Die Idee des europäischen Gleichgewichts* (wie Anm. 24); Charles DUPUIS, *Le principe d'équilibre et le concert européen de la Paix de Westphalie à l'acte d'Algésiras*, Paris 1909; Ludwig DEHIO, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948; Gaston ZELLER, *Le principe d'équilibre dans la politique internationale avant 1789*, in: *Revue Historique* 215 (1956), S. 25–37. Wolf D. GRUNER, *Deutschland und das Europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert*, in: DERS. (Hg.), *Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart* (= *Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte*, Bd. 1), Hamburg 1989, S. 60–133; Evan LUARD, *The Balance of Power. The System of International Relations 1648–1815*, Hampshire, London 1992; vgl. auch Hans FENSKE, *Gleichgewicht, Balance*, in: Otto BRUNNER, Werner CONZE, Reinhart KOSELLECK (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 959–996.

61 Wolf D. GRUNER, *Einführung*, in: DERS. (Hg.), *Deutschland und das Europäische Gleichgewicht* (wie Anm. 60), S. 11.

Konrad Repgen hat in einer 1985 publizierten Studie über den »Westfälischen Friede[n] und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts« eine Revision der bisher weithin anerkannten Auffassungen von den Ursprüngen der Gleichgewichtspolitik in Mitteleuropa gefordert und der »herrschenden Lehre« vorgeworfen, »das tatsächliche Verhältnis von Ursache und Wirkung geradezu auf den Kopf gestellt« zu haben. Demgegenüber stellte er fest: »Gleichgewicht« als Leitvorstellung für die internationalen Beziehungen in Europa ist nie Gegenstand oder Hintergrund konkreter Verhandlungen in Münster und Osnabrück gewesen. Daher lautet meine These – in deutlichem Gegensatz zu der herrschenden Lehre und dem landläufigen Geschichtsbild: Das europäische Gleichgewicht als normatives Prinzip der politischen Organisation Europas war nicht die Voraussetzung, sondern wurde nach 1648 eine (nicht: »die«) Folge des Westfälischen Friedens«⁶². Repgen ist natürlich durchaus bekannt, daß Begriffe wie *aequilibrium*, *équilibre*, *contrepoids*, *balance* usw. bereits vor 1648 den politisch Gebildeten geläufig waren⁶³. Gegenüber diesem Tatbestand macht er aber die wichtige methodische Einschränkung: »... die Existenz eines Begriffs, einer Zielvorstellung oder eines politischen Instrumentariums in der theoretischen Erörterung ist (aber) kein hinreichendes Indiz für seine Verwendung in der praktischen Politik«⁶⁴. Diese überspitzte These ist auf erhebliche Kritik gestoßen. Zu Recht wurde in den letzten Jahren gegenüber Repgen der Einwand erhoben, daß bereits vor 1648, also vor dem Westfälischen Frieden, der Gedanke des Gleichgewichts durchaus eine nicht zu unterschätzende Rolle in der praktischen Politik gespielt hat⁶⁵. »Es gehört zu den besonderen Eigenschaften dieses Gleichgewichts, das seit rund dreihundertundfünfzig Jahren beherrschendes Prinzip europäischer Politik ist, sich ständig dynamisch zu entwickeln und im Zuge dieser Entwicklung keinen dauerhaften Frieden geschaffen zu haben. Vielleicht liegt die Ursache darin, daß, und diese Feststellung Konrad Repgens ist zu unterstreichen, Gleichgewicht nicht zur anerkannten allgemeinen Norm internationaler Politik geworden ist. Am Gleichgewicht zeigten sich meist jene besonders interessiert, die schwach waren oder zumindest ihre Schwächen kannten. Großmächte verloren häufig ihr

62 KONRAD REPGEN, Der Westfälische Frieden und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts, in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1985 (1986), S. 50–66; erneut publiziert in: Manfred SPIEKER (Hg.), Friedenssicherung, Bd. 1: Sozialwissenschaftliche, historische und theologische Perspektiven (= Osnabrücker Friedensgespräche, Bd. 1), Münster 1987, S. 67–84; Zitate, S. 69.

63 REPGEN, Der Westfälische Friede und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts (wie Anm. 62), S. 74.

64 REPGEN, Der Westfälische Friede und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts (wie Anm. 62), S. 69.

65 Anlässlich des von Konrad Repgen in München in der Zeit vom 27. bis 31. August 1984 veranstalteten Kolloquiums über »Krieg und Politik 1618–1648«, auf dem er seine These kurz wiederholte, haben Paul Janssens, Hans Pohl, Miroslav Hroch und Geoffrey Parker Kritik an dieser These geübt. Deziert und detailliert widersprach Sven LUNDKVIST in seinem Referat über »Die schwedischen Kriegs- und Friedensziele 1632–1648«. KONRAD REPGEN (Hg.), Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, Bd. 8), München 1988, S. 319. Der Beitrag von Sven LUNDKVIST, S. 219–273. Mit der These Repgens haben sich auch kritisch auseinandergesetzt: Wolfgang-Uwe FRIEDRICH, Gleichgewichtdenken und Gleichgewichtspolitik zur Zeit des Deutschen Krieges, in: GRUNER (Hg.), Deutschland und das Europäische Gleichgewicht (wie Anm. 60), S. 18–59; WEBER, Chrétienté et équilibre européen (wie Anm. 27), S. 7–16; DERS., »Une bonne paix«. Richelieu's Foreign Policy and the peace of Christendom, in: Joseph BERGIN, Laurence BROCKLISS (Hg.), Richelieu and his Age, Oxford 1992, S. 48f.

Interesse, je mehr sie die eigene Verwundbarkeit verdrängten. Erst durch Niederlagen wurden sie dazu gebracht, zur Politik des Gleichgewichts zurückzukehren«⁶⁶.

Diese Feststellung gilt mutatis mutandis in ihrem Kern auch für Richelieu. Seine praktische Politik gegenüber den Habsburgern war nachweislich von der Konzeption des Gleichgewichts geprägt, auch wenn man in den Texten des Kardinalspremiers den Terminus *équilibre européen* expressis verbis noch nicht findet. Die Idee, daß eine Gruppe von europäischen Staaten mit Frankreich als ihr Zentrum ein Gegengewicht gegen die Habsburger bilden sollte, war aber ein integraler Bestandteil seiner ständig um die Problematik der Friedenssicherung – nach der Erlangung einer *bonne paix* – kreisenden Überlegungen. Darin war das Gleichgewichtskonzept implizit enthalten. Für Richelieu entsprach die *balance* zwischen den »Dingen« und – so ist zu folgern – auch zwischen den größeren europäischen Mächten sozusagen der göttlichen Ordnung. *Il me semble que la providence de Dieu, qui veut tenir les choses en balance, a voulu que la situation de la France séparât les Etats d'Espagne pour les affaiblir en les divisant*⁶⁷.

Richelieu ging aber bei seinem Nachdenken über die Möglichkeiten zur dauerhaften Sicherung des angestrebten Generalfriedens in Europa einen wesentlichen Schritt weiter. In den Instruktionen für die französischen Friedensunterhändler, mit deren Ausarbeitung der Kardinal vom Ende 1636 bis Februar/März 1637 und erneut von August/September 1641 bis Juli 1642 befaßt war, formulierte er sehr konkret Grundlagen seines Konzeptes zur Errichtung eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit, auf dessen detaillierte Ausgestaltung hier nicht näher eingegangen werden kann. Hervorzuheben ist jedoch, daß er die für jedes kollektive Sicherheitssystem charakteristische Universalität insofern anstrebte, als er möglichst weite Teile Europas in dieses Sicherheitssystem einbeziehen wollte. Außerdem waren in seiner Konzeption auch die übrigen konstitutiven Elemente eines solchen Systems kollektiver Sicherheit enthalten: »Eine bestimmte Reihenfolge von Maßnahmen gegen jeden Friedensbrecher [also auch gegen jedes Mitglied des Systems, das den Frieden brechen oder den Status quo verletzen sollte], beginnend mit Versuchen friedlicher Streitschlichtung, fortschreitend aber auch zu bewaffnetem Einschreiten als ultima ratio«⁶⁸.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sowohl Richelieus Gleichgewichtsvorstellungen als auch sein Entwurf eines Systems kollektiver Sicherheit nicht nur für die Durchsetzung der Sicherheitsinteressen, sondern auch für die Realisierung

66 FRIEDRICH, Gleichgewichtsdanken und Gleichgewichtspolitik (wie Anm. 65), S. 57.

67 LOUIS ANDRÉ (Hg.), Armand-Jean du Plessis, cardinal de RICHELIEU, Testament politique, Paris 1947, S. 408; vgl. auch WEBER, »Une bonne paix« (wie Anm. 65), S. 48f. – An anderer Stelle stellt Weber fest: »Il faut dire tout de suite que le terme d'«équilibre européen» ne figure nulle part dans les textes de Richelieu ... Je dirais quand-même que de fait, sa pratique politique est largement imprégnée d'une telle conception. Les mesures que Richelieu prend pour combattre l'Espagne et les conditions et les buts d'une paix générale et sûre semblent le prouver.« WEBER, Chrétienté et équilibre européen (wie Anm. 27), S. 13.

68 Fritz DICKMANN, Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu. Studien an neu entdeckten Quellen, in: DERS., Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien zum Friedensproblem in der Geschichte, Göttingen 1971, S. 71; Dickmanns Aufsatz erschien zuerst in der Historischen Zeitschrift 196 (1963), S. 265–319. – Zu Richelieus Entwurf eines Systems kollektiver Sicherheit vgl. MALETTKE, Richelieus Außenpolitik und sein Projekt kollektiver Sicherheit (wie Anm. 27).

weiterreichender Interessen des französischen Königs instrumentalisiert werden sollten. Insofern enthielten die Konzeptionen des Kardinals auch ein machtpolitisches Element. Sein Ziel war es, – wie bereits in anderem Zusammenhang gesagt –, den französischen König zum mächtigsten Fürsten zu machen, *rendre le Roi le plus puissant monarque du monde et le prince le plus estimé*⁶⁹. Damit war aber nicht die Etablierung einer französischen Universalmonarchie intendiert. Der französische König sollte jedoch in die Lage versetzt werden, seine Funktion als Protektor der Christenheit und erster Garant des Friedens wahrnehmen zu können. Der kalte machiavellistische Machtpolitiker, für den man ihn früher – vereinzelt aber auch noch in der Gegenwart – gehalten hat⁷⁰, war Richelieu ganz sicher nicht. Fritz Dickmann ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er feststellt, »daß Richelieu die großen Fragen der auswärtigen Politik offenbar nicht allein nach dem Gesichtspunkt der Interessen und der Zweckmäßigkeit beurteilt hat. Immer spielen in seine Überlegungen auch Prinzipien und Rechtsüberzeugungen hinein«⁷¹.

Zur politischen Organisation des angestrebten Systems kollektiver Sicherheit in Europa machte Richelieu keine detaillierten Angaben. Er plante die Errichtung zweier Ligen, also zweier Bündnissysteme, wobei das eine im wesentlichen die italienischen Fürsten und das andere die deutschen Reichsstände umfassen sollte. Unklar bleibt in den Instruktionen Richelieus, ob die beiden Ligen später in eine allgemeine Liga zusammengefaßt oder als getrennte Vertragssysteme für Deutschland und Italien existieren sollten. Unbeantwortet bleiben muß auch die Frage, ob Richelieu für sein europäisches System kollektiver Sicherheit auch supranationale Organe oder Gremien vorgesehen hat. Manche Hinweise in seinen Texten sprechen für die Annahme, daß die Gemeinschaft der Christenheit für Richelieu mehr darstellte als eine bloße Agglomeration von Staaten und Fürsten. Seine Vorstellungen von dieser Gemeinschaft waren von der Idee des Körpers geprägt, bei dem die einzelnen Glieder ihren spezifischen Eigenschaften entsprechend Funktionen für das Ganze übernehmen und dem Kopf die Leitung im Interesse der Gesamtheit gebührt. *...un tout ne subsiste que par l'union de ses parties en leur ordre et en leur lieu naturel*⁷². Infolgedessen kann das Ganze nur existieren, wenn seine Glieder trotz ihrer unterschiedlichen Funktionen und unter Respektierung dieser gegebenen Unterschiede sich dem Interesse des Gesamtkörpers beugen⁷³. Ob und inwieweit dieses organische Konzept auch in einen Zusammenhang gebracht werden kann mit seinem Entwurf eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, muß offenbleiben.

Präziser und weitergehend sind dagegen die Angaben, die Maximilien de Béthune, Herzog von Sully, ein etwas älterer Zeitgenosse Richelieus und einstmals einflußrei-

69 Vgl. Anm. 29.

70 So noch bei Wilhelm Mommsen, Rudolf von Albertini und Kurt von Raumer. Wilhelm MOMMSEN, *Richelieu, Elsaß und Lothringen. Ein Beitrag zur elsäß-lothringischen Frage*, Berlin 1922, passim; von ALBERTINI, *Das politische Denken in Frankreich zur Zeit Richelieus* (wie Anm. 15); Kurt von RAUMER, *Westfälischer Friede*, in: *Historische Zeitschrift* 195 (1962), S. 596–613. Zur Beurteilung der Außenpolitik Richelieus vgl. auch William F. CHURCH, *Richelieu and Reason of State*, Princeton, New Jersey, 1972, S. 366f., Anm. 226.

71 DICKMANN, *Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu* (wie Anm. 67), S. 73.

72 ANDRÉ, *Cardinal de RICHELIEU, Testament politique* (wie Anm. 66), S. 256.

73 Vgl. WEBER, *Chrétienté et équilibre européen* (wie Anm. 27), S. 14f.; DERS., *»Une bonne paix«* (wie Anm. 65), S. 48f.

cher Minister König Heinrichs IV., in seinem »Grand Dessein« (Großen Plan), genauer gesagt: in den verschiedenen Fassungen dieses »Großen Plans« zur Errichtung eines europäischen Mächtegleichgewichts, zur Organisation Europas und zur Schaffung eines ewigen Friedens entwickelte. Die verschiedenen und teilweise widersprüchlichen Teile des »Grand Dessein« sind über mehrere Kapitel verteilt in den veröffentlichten Memoiren Sullys, in den »*Œconomies Royales*«. Deren erste Niederschrift erfolgte in den Jahren zwischen 1611 und 1617. Dagegen konzipierte Sully die Teile seines »Großen Plans« wahrscheinlich frühestens 1635 und in den folgenden Jahren, als er seine handschriftlichen Memoiren für die Veröffentlichung überarbeitete und ergänzte, deren erste im Jahre 1638 erschien⁷⁴.

Generelles und eigentliches Ziel Sullys war die Schaffung eines europäischen Gleichgewichts föderierter Staaten, um die Gefahr der Etablierung einer Universalmonarchie einer einzelnen Macht für die Zukunft zu bannen. Jeglichem Versuch einer europäischen Vorherrschaft – sei es in Form der Weltmonarchie oder der Hegemonie eines Staates über andere – erteilte er eine Absage. Die Neuordnung Europas und die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens sollte durch die Errichtung einer »Christlichen Republik« erreicht werden. Die Bildung dieser *Republique très chrétienne* wollte Sully durch einen vertraglichen Zusammenschluß der einzelnen europäischen Staaten erreichen.

Die Realisierung der Vorstellungen Sullys zur Neuordnung Europas auf der Basis eines weitgehenden Machtgleichgewichts zwischen den Staaten setzte aber eine völlige Veränderung der europäischen Landkarte voraus, die Sully durch sich widersprechende Mittel – mal setzt er auf ein gänzlich gewaltfreies *Procedere*, dann wieder erachtet er ein militärisches Vorgehen für selbstverständlich oder sieht es zumindest als »ultima ratio« vor – verwirklichen wollte.

Die föderativen Strukturen der geplanten christlichen Republik Europas – Gruner verwendet dafür bereits den modernen Begriff »europäischer Völkerbund«⁷⁵ – sind besonders in den Formen ihrer inneren Organisation erkennbar, die Sully für deren Ausgestaltung vorsah. »Sie waren föderativ in dem Sinn, daß für die Spitze dieser Republik kein einzelner Führer vorgesehen war, und daß alles, was geschah, vom Mehrheitswillen freier Ratsversammlungen abhängen sollte«⁷⁶. Das wichtigste Gremium sollte zweifellos der »Allgemeine Rat«, der *conseil commun* bzw. der *conseil general*, sein, über dessen Zusammensetzung aus Vertretern der »Dominationen« oder der Staaten der Föderation Sully sehr unterschiedliche Angaben macht.

Alle hier nur skizzierten Bestandteile des »Grand Dessein« Sullys sind im wesentlichen bekannt. Weit weniger beachtet wurde dagegen von der Forschung, daß auch dieser Plan wichtige Ansätze für die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa enthält. So gehört zu den zentralen Aufgaben des Allgemeinen Rats »die Schlichtung von Streitsachen und die Garantierung des allgemeinen Friedens unter

74 Anstelle umfangreicher Literatur- und Quellenangaben sei hier auf meine neueste Studie zu diesem Fragenkomplex hingewiesen, wo entsprechende ausführliche Angaben enthalten sind: Klaus MALETTKE, Konzeptionen kollektiver Sicherheit in Europa bei Sully und Richelieu, in: BUCK (Hg.), *Der Europa-Gedanke* (wie Anm. 4), S. 83–106.

75 GRUNER, *Deutschland und das europäische Gleichgewicht* (wie Anm. 60), S. 79.

76 KURT VON RAUMER, Sully, Crucé und das Problem des ewigen Friedens, in: *Historische Zeitschrift* 175 (1953), S. 14.

den christlichen Staaten«⁷⁷. Der *conseil general* sollte die Kompetenz haben, Konflikte zwischen den Staaten sowie zwischen den Landesherren und ihren Untertanen zu schlichten. Seine Beschlüsse mußten von allen Mitgliedern als maßgebend und endgültig betrachtet werden. Insofern war die Souveränität der föderierten Staaten zweifellos eingeschränkter Natur. Sullys Konzeption richtete sich als kollektives Verteidigungssystem also nicht nur nach außen, gegen nicht zur christlichen Republik gehörige Staaten, sondern ausdrücklich auch gegen etwaige Friedensstörer aus den eigenen Reihen. Es stellt damit im Kern bereits ein umfassendes (daher kollektives) Sicherheitssystem dar.

Wenn Sully auch wiederholt betonte, mit seinem »Grand Dessein« für Frankreich keine territorialen Ambitionen zu verfolgen, und dem französischen König empfahl, sich mit der Rolle eines *protecteur et deffenseur de toutes libertez legitimes ou legitimées par une longue possession ou approbation universelle*⁷⁸ zu bescheiden, so war auch sein Konzept natürlich nicht frei von machtpolitischen Interessen. Es ist kein Zufall, daß die Abfassung seines »Großen Plans« in die Zeit um 1635, also in die Zeit des direkten Eingreifens Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg fiel. Kaum verhüllt, verbarg sich hinter diesem Projekt die Absicht, die dominierende Macht des Hauses Habsburg in Europa zu brechen und somit die französische Monarchie von ihrem »Einkreisungstrauma« zu befreien. Außerdem ist nicht zu leugnen, daß Sully im Rahmen der Realisierung seines Plans dem französischen König eine führende politische Position in der zukünftigen »Christlichen Republik« zugeordnet hatte. Infolgedessen hat denn auch Francis H. Hinsley zu Recht auf »Sully's scarcely disguised intention of confirming the primacy of France«⁷⁹ hingewiesen. Daß der Herzog sogar die Absicht gehabt habe, Frankreich »unter dem Deckmantel der »Christlichen Republik Europa« eine hegemoniale Stellung auf Dauer zu sichern«⁸⁰, wie Wolf D. Gruner kürzlich noch behauptete, läßt sich jedoch aus den Quellen nicht nachweisen.

Es war sowohl Richelieus als auch Sullys Hauptanliegen, einen dauerhaften Universalfrieden in Europa zu erreichen. Zur Verwirklichung dieses großen Zieles, entwickelten beide Projekte zur Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa, Projekte, die von der Forschung noch nicht gebührend gewürdigt wurden. Weiterhin waren die politischen Prinzipien beider Staatsmänner von einem unverkennbaren antihabsburgischen Affekt geprägt. Beide waren davon überzeugt, daß Frankreich bei der angestrebten neuen Staaten- und Friedensordnung in Europa die führende, zumindest eine herausgehobene Rolle gebührte.

In anderen zentralen Punkten ihrer Projekte und vor allem in den Konzeptionen ihrer Verwirklichung sind jedoch deutliche Unterschiede nicht zu übersehen. Wäh-

77 Ebenda.

78 MICHAUD, POUJOLAT (Hg.), Maximilien de Béthune, Duc de SULLY, *Memoires des sages et royales œconomies d'Etat [...] de Henry le Grand.* (= Nouvelle collection des mémoires pour servir à l'histoire de France depuis le XVIII^e siècle jusqu'à la fin du XVIII^e siècle, deuxième série, III, tome 2,2), Paris 1837, S. 151.

79 Francis Harry HINSLEY, *Power and the Pursuit of Peace. Theory and Practice in the History of Relations between States*, Cambridge 1963; eine Paperback-Ausgabe erschien 1967 ebenfalls in Cambridge. – Ich zitiere nach der letzten Ausgabe. Das Zitat befindet sich auf S. 28; vgl. ebenso Christian L. LANGE, *Histoire de l'Internationalisme*, Bd. 1, Kristiania 1919, S. 467.

80 GRUNER, *Deutschland und das europäische Gleichgewicht* (wie Anm. 60), S. 79.

rend Sully als Voraussetzung für die Errichtung der »Christliche[n] Republik Europa« die Schaffung von etwa gleichstarken und gleichgroßen Staaten für unerlässlich hielt, orientierte sich Richelieu bei seinem Projekt weitaus mehr an den Gegebenheiten des europäischen Staatensystems seiner Zeit. Zwar wollte auch er die dominierende Macht der Habsburger, insbesondere des spanischen Zweiges, brechen und deren Gegner stärken, aber er war Realist genug, um die Aussichtslosigkeit des Konzepts Sullys zu erkennen, die Vielfalt und Vielgestaltigkeit der historisch gewachsenen europäischen Staaten durch ein von der abstrakt konstruierenden »ratio« geschaffenes System weitgehend völlig gleicher Mächte ersetzen und dieses in eine sozusagen auf dem Zeichentisch eines Architekten entworfene *République très chrétienne* einzubinden.

Voltaire hat denn auch Sullys »Grand Dessein« eine Chimäre genannt⁸¹. In der Tat war es eine Chimäre zu glauben, mit Staaten und Völkern so operieren zu können, als wären es Figuren auf einem Schachbrett oder Gewichte, die man nach Belieben in die Waagschalen werfen könne, ohne Rücksicht auf die Lebensgesetze, die auch Völkern und Staaten eigen sind.

Der Vergleich zwischen Richelieus Projekt und Sullys »Grand Dessein« hat verdeutlicht, daß sich im Spannungsfeld zwischen mehr idealistischen und eher realistischen Konzeptionen zur Friedenssicherung und zur Verwirklichung einer auf den Frieden ausgerichteten neuen europäischen Staatenordnung letztlich zwei Wege anboten, die nicht nur im 17. und 18. Jahrhundert, sondern bis in unsere Zeit »zu charakteristischen Elementen in der europäischen Politik mit unterschiedlicher Gewichtung wurden: Die Schaffung eines [mehr oder minder] einheitlichen europäischen politischen Körpers in der Form einer internationalen Organisation, in der die einzelstaatlichen Rechte beschnitten (wurden), oder die Herstellung einer europäischen Gleichgewichtsordnung, in der die einzelstaatliche Souveränität kaum angetastet [wurde], für die aber ein völkerrechtlicher Rahmen vorgegeben sein sollte, um ihre Funktionstätigkeit zu gewährleisten«⁸². Festzuhalten bleibt für Richelieu und Sully aber auch, daß für sie Europa noch kein Thema an und für sich war. Sie befaßten sich – wie vor und nach ihnen auch andere Politiker – mit dem Fragenkomplex der europäischen Staatenwelt hauptsächlich aus Anlaß und im Kontext von Reflexionen über das Gleichgewicht oder die Schaffung von dauerhaften Friedensordnungen für den alten Kontinent.

Die soeben angesprochene Dichotomie zwischen mehr idealistischen und eher realistischen Konzeptionen zeigt sich auch in den europäischen Friedensprojekten des nach Amerika ausgewanderten englischen Quäkers William Penn, der in Frankreich in einem hugenottischen *Collège* studiert hatte, und des englischen Philantropen John Bellers. Anders als Sully war Penn, dessen »Essay towards the Present and Future Peace of Europe by the Establishment of an European Dyet, Parliament or Estates« im Jahre 1693, also vor dem Hintergrund des »Pfälzischen Erbfolgekrieges« bzw. der »Guerre de la ligue d'Augsbourg« (1688–1697) publiziert wurde, weitaus

81 VOLTAIRE urteilt in seinem »Essai sur les mœurs«: *La prétendue division de l'Europe en quinze dominations est reconnue pour une chimère qui n'entra point dans la tête de Henri IV.* Zitiert über Marie-Madeleine MARTIN, Sully, Henri IV et l'organisation de l'Europe, in: *Revue des Deux Mondes* 20 (1958), S. 677.

82 GRUNER, Deutschland und das europäische Gleichgewicht (wie Anm. 60), S. 81.

mehr bereit, dem status quo unter den europäischen Mächten in seinem Projekt Rechnung zu tragen. Er beabsichtigte keine Totalrevision und Neuordnung der politischen Grenzen in Europa als Voraussetzung zur Errichtung einer europäischen Staatenföderation⁸³. Genau dies sah aber wieder Bellers in seiner 1710 – also kurz vor Beendigung des Spanischen Erbfolgekriegs – veröffentlichten Schrift »Some Reasons for an European State, proposed to the Powers of Europe ...« vor. Bellers schlug die Aufteilung Europas in 100 Kantone vor, um auf diese Weise die Disparität der Machtverteilung zu beseitigen und ein Gleichgewicht unter den europäischen Staaten herzustellen⁸⁴. Ein derartiges Vorhaben war aber eine Utopie. Wenn Penn in dieser Hinsicht realistischer war, so enthielt aber auch sein Projekt Elemente, die in der damaligen Zeit nicht zu verwirklichen waren. So wollte Penn den von ihm projektierten »Reichstag, Parlament oder Staatenhaus von Europa« ausdrücklich mit Souveränitätsrechten ausstatten⁸⁵. »In einem überwiegend dynastisch geprägten Europa war [aber] der Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten einer supranationalen Behörde«⁸⁶ noch kein Thema.

Hatte das Gleichgewichtsprinzip im 17. Jahrhundert zweifellos mehr und mehr Eingang gefunden in die europäische Politik, so wurden die Utrechter Friedensverhandlungen, die ihnen vorangegangenen politisch-diplomatischen Gespräche sowie die Friedensschlüsse selbst (Juli 1713) maßgeblich von diesem Prinzip geprägt. Element offizieller Regierungspolitik wurde das Prinzip des europäischen Gleichgewichts am 4./14. Mai 1702, als Königin Anna den Eintritt in den Spanischen Erbfolgekrieg expressis verbis unter Rückgriff auf dieses Argument begründen ließ. Das englische Kriegsmanifest, das auf dem Kontinent verbreitet wurde, nannte als Kriegsgrund nicht nur die nicht zu akzeptierende Machtzunahme des Hauses Bourbon, falls diesem das spanische Erbe ungeteilt zufiele, sondern legitimierte den britischen Schritt auch ausdrücklich mit dem Rekurs auf das Prinzip der Bewahrung des europäischen Gleichgewichts: der Krieg gegen Frankreich sei notwendig, *pour conserver la balance d'Europe*⁸⁷. Dem bei dieser Gelegenheit und auch in der Folgezeit von der britischen Außenpolitik auch in ihrem Interesse instrumentalisierten Gleichgewichtsprinzip wurde in den Friedensschlüssen von Utrecht Rechnung getragen. In ihnen wurde die Schaffung eines gerechten Gleichgewichtes zwischen

83 William PENN, An Essay towards the Present and Future Peace of Europe by the Establishment of an European Dyet, Parliament or Estates, London 1693. In nicht völlig überzeugender deutscher Übersetzung: Margarethe ROTHBART, William Penns Völkerbundsplan. Monographien zum Völkerbund, Heft 9, Berlin 1920; die Übertragung von Kurt von Raumer ist wesentlich besser: Kurt von RAUMER, Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance, München 1953, S. 321–341.

84 Bellers Schrift ist wiedergegeben in: Ruth A. FRY, John Bellers, London 1935; vgl. auch GRUNER, Deutschland und das europäische Gleichgewicht (wie Anm. 60), S. 82.

85 Im Abschnitt IV, Von einem Allgemeinfrieden oder vom Frieden Europas und den Mitteln dazu, liest man: »Und heißen sollte diese Versammlung: Souveräner Reichstag, Parlament oder Staatenhaus von Europa. Vor diese souveräne Versammlung sollten alle Streitfragen, die zwischen einem Souverän und dem andern anhängig sind und nicht schon vor Beginn der Tagung durch persönliche Gesandtschaften beigelegt werden können, gebracht werden.« Von RAUMER, Ewiger Friede (wie Anm. 81), S. 326. – Penns Plan enthält auch den Gedanken kollektiver Sicherheit.

86 DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa (wie Anm. 4), S. 126.

87 Zitiert über REPGEN, Der Westfälische Friede und die Ursprünge des europäischen Gleichgewichts (wie Anm. 62), S. 70.

den Mächten zur Sicherung des Friedens ausdrücklich als Friedensziel genannt. Durch die Inserierung des Gleichgewichtsprinzips in die Vertragstexte wurde dieses Prinzip »nun zum grundlegenden Satz des völkerrechtlichen Vertragsrechts«⁸⁸.

Der Gedanke des Gleichgewichts in Europa blieb fortan eine Konstante in den multilateralen Staatenbeziehungen des 18. Jahrhunderts. Einer der Hauptgründe dafür war, daß mit diesem europäischen Gleichgewichtssystem implizit die Vielgestaltigkeit der Staatenwelt propagiert und damit auch die Existenz der zahlreichen kleinen Staaten Europas garantiert wurde. Das Prinzip des europäischen Gleichgewichts tendierte damit in letzter Konsequenz – zumindest in seinem Kern – in Richtung auf die Erhaltung des »status quo«. Nicht zuletzt deshalb konnte »es in der Theorie über Jahrzehnte hinweg fast zu einer Art europäischer Konstitution werden«⁸⁹. Dies änderte sich jedoch mit der Französischen Revolution und mit den in ihrem Gefolge ausbrechenden Kriegen, die den Zusammenbruch der alteuropäischen Staaten- und Rechtsordnung zur Folge hatten. »Die klassische Gleichgewichtstheorie büßte alle Grundvoraussetzungen für ein gemeinsames Krisenmanagement der Großmächte durch antihegemoniale Solidarität ein [...]. Mit der Politisierung des Nationsverständnisses wurden auch neue Rahmenbedingungen in der internationalen Politik geschaffen«⁹⁰. Außerdem dominierte mehr und mehr der Staatsegoismus. Dieser Prozeß, das unversehene Hinübergleiten der europäischen Konvenienz zur Sonderkonvenienz des Einzelstaates wurde schon zuvor durch die Politik des Preußenkönigs Friedrichs des Großen seit 1740 beschleunigt, die Ideologie eines europäischen Gesamtinteresses zunehmend um ihren Kredit gebracht. Friedrich Meinecke urteilte daher: »Niemals in der Tat, weder vorher noch nachher, gab es in der großen europäischen Politik [Hervorhebung vom Verf.] so wenig universaleuropäische Ideen und Interessen wie damals. Friedrich hatte Recht: die isolierten Staaten wurden nur noch durch die Ausstrahlung ihrer Staatsräson miteinander verknüpft«⁹¹.

Analysiert man die wichtigsten, während des 18. Jahrhunderts bis zur Französischen Revolution publizierten europäischen Friedenspläne unter dem Aspekt der in ihnen propagierten Vorschläge zur Errichtung eines Bundes der Staaten Europas mit supranationalen Organen so ist festzustellen, daß ihre Autoren – abgesehen von Teilbereichen – im wesentlichen über das von Sully entworfene Grundkonzept nicht weit hinausgegangen sind. Außerdem läßt sich beobachten, daß auch in ihren Erwä-

88 FENSKE, Gleichgewicht, Balance (wie Anm. 60), S. 972. – Im Artikel 2 des Vertrages zwischen England und Spanien vom 13. Juli 1713 heißt es: Frankreich und Spanien sollen als Staaten getrennt bleiben »ad firmendam stabiliendamque pacem ac tranquillitatem Christiani orbis, justo potentiae aequilibrio (quod optimum et maxime solidum mutuae amicitiae et duraturae undiquaque concordiae fundamentum est)«. Zitiert nach Johann Jacob SCHMAUSS, Corpus iuris gentium academicum, Leipzig 1730, Bd. 2, S. 1419. Diese Feststellungen wurden auch in Artikel 6 des englisch-französischen Vertrages und in die anderen Verträge von Utrecht eingefügt.

89 Heinz DUCHHARDT, Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwig XIV. bis zum Wiener Kongreß (= Erträge der Forschung, Bd. 56), Darmstadt 1976, S. 72; vgl. auch DERS., Friedenswahrung im 18. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 240 (1985), S. 265–282.

90 GRUNER, Deutschland und das europäische Gleichgewicht (wie Anm. 60), S. 69; vgl. auch S. 97.

91 MEINECKE, Idee der Staatsräson (wie Anm. 11), S. 380.

gungen die bereits in anderem Zusammenhang erörterte Dichotomie zwischen idealistisch-utopischen Vorstellungen und eher realistischen Konzeptionen eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat. Dies alles ließe sich detailliert beweisen anhand des vom Abbé Charles François Irénée Castel de Saint-Pierre in der Erstfassung im Jahre 1712, also noch vor den Utrechter Friedensschlüssen von 1713, und in überarbeiteter Form 1713 und 1729, erschienenen »Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe«⁹², anhand des von Jean-Jacques Rousseau zu Beginn des Siebenjährigen Krieges verfaßten, aber erst 1761 veröffentlichten »Extrait du Projet de Paix Perpétuelle de M. l'Abbé de St. Pierre«⁹³ sowie anhand der von dem Mecklenburger Professor für Staatsrecht und Geschichte im Jahre 1752, also nach dem langen und für alle Beteiligten verlustreichen Österreichischen Erbfolgekrieg, in Göttingen publizierte Schrift »Die allgemeine Christliche Republik in Europa, nach den Entwürfen Heinrichs IV., Königs von Frankreich, des Abts von St. Pierre und anderer vorgestellt, nebst einigen Betrachtungen über diese Staatsverfassung worin ihre Möglichkeit untersucht, und von den guten und bösen Folgen, die daraus entstehen würden, gehandelt wird«⁹⁴. Dieser Nachweis kann aber im Rahmen eines Vortrags im Detail nicht geführt werden. Wie aber bereits der umfangreiche Titel der Schrift Tozes und ein auch nur flüchtiger Blick in die Traktate Saint-Pierres und Rousseaus erkennen lassen, setzen sich alle Autoren mit dem »Grand Dessein« Sullys und der darin entwickelten Konzeption der europäischen *République très chrétienne* mehr oder minder ausführlich auseinander.

Gegen das Projekt Saint-Pierres, der die Schaffung eines Bundes europäischer Staaten propagierte, welcher auf der Basis des territorialen »status quo« der Mitgliedsstaaten errichtet und mit einem Bundesrat (Sénat d'Europe) ausgestattet werden sollte⁹⁵, erhob Rousseau zu Recht den zentralen Einwand, daß eine Zustimmung der europäischen Herrscher und ihrer Minister zu einer damit verbundenen Beschneidung ihrer Hoheitsrechte nur schwerlich zu erlangen sein werde⁹⁶. Sehr

92 Neueste französische Ausgabe: Abbé de SAINT-PIERRE, *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*. Texte revu par Simone GOYARD-FABRE, Paris 1986; Abbé Castel de SAINT-PIERRE, *Der Traktat vom ewigen Frieden 1713*, hg. und mit einer Einleitung versehen von Wolfgang MICHAEL (= *Klassiker der Politik*, Bd. 4), Berlin 1922; vgl. GOLLWITZER, *Europabild und Europagedanke* (wie Anm. 12), S. 77 ff.; HINSLEY, *Power and the Pursuit of Peace* (wie Anm. 78), S. 102 ff.

93 In deutscher Übersetzung bei von RAUMER, *Ewiger Friede* (wie Anm. 81), S. 343–378.

94 Eobald Toze (1715–1789), stammt aus der Göttinger Schule Gottfried Achenwalls, seit 1761 Professor für Staatsrecht und Geschichte an der kleinen, erst 1760 errichteten Universität Bützow in Mecklenburg; vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 33, 1894 [ND Berlin 1971], S. 487 f.; DUCHHARDT, *Europabewußtsein und politisches Europa* (wie Anm. 4), S. 128–130; Günter SIEFARTH, *Das Problem der Friedenssicherung in der deutschen Publizistik des achtzehnten Jahrhunderts*. Phil. Diss. Freiburg 1954 (Masch.), S. 26–34.

95 SAINT-PIERRE, *Projet pour rendre la paix perpétuelle* (wie Anm. 90), S. 168, 190; SAINT-PIERRE, *Der Traktat vom ewigen Frieden* (wie Anm. 90), S. 90 f.; 100.

96 »Indessen würden die gleichen Herrscher, die ihn [= Plan Saint-Pierres, Verf.] im Falle seines Bestehens mit all ihren Kräften verteidigen würden, sich heute ebenso seiner Verwirklichung widersetzen und unweigerlich sein Zustandekommen verhindern, wie sie auch seine Wiederauflösung nicht zulassen würden.« »Nun, ich frage, ob in der Welt ein einziges Staatsoberhaupt, das für alle Zeiten in seinen geliebten Plänen eingeschränkt wäre, ohne Unwillen auch nur den Gedanken ertragen würde, sich zur Gerechtigkeit gezwungen zu sehen, nicht allein den Fremden gegenüber, sondern selbst gegenüber seinen eigenen Untertanen.« Von RAUMER, *Ewiger Friede* (wie Anm. 81), S. 369 ff.

skeptisch urteilte Rousseau über Saint-Pierres Plan: »Man sieht, daß sich föderative Bündnisse nur durch Umwälzungen bilden; und wer von uns könnte infolgedessen zu sagen wagen, ob dieser europäische Bund zu wünschen oder zu fürchten ist? Er würde vielleicht mit einem Schläge mehr Unheil anrichten, als er für Jahrhunderte verhindern könnte«⁹⁷.

Ebenso kritisch beurteilte Eobald Toze, der durch seine umfangreiche Schrift »der erste Geschichtsschreiber der Friedensentwürfe«⁹⁸ wurde, die Konzeptionen Sullys und Saint-Pierres. Seine Kritik richtete sich in erster Linie gegen den Verlust an Unabhängigkeit und Souveränität, den die europäischen Staaten hinzunehmen hätten, wenn sie sich bei der Wahrnehmung ihrer Außenbeziehungen, wie von Saint-Pierre propagiert, der verbindlichen Kontrolle durch einen internationalen Gerichtshof unterstellten. »Der Staat müsse«, so argumentierte Toze, »vielmehr die höchste Gewalt im Sinn voller Handlungsfreiheit auch nach außen behalten, er müsse allein für seine Sicherheit sorgen, und somit dürfe ihm auch das Recht zum Krieg führen nicht abgesprochen werden, das Recht auf Selbsterhaltung eines Staates sei unveräußerlich«⁹⁹. In Anbetracht dieser zentralen Nachteile der Europaprojekte Sullys und Saint-Pierres vermochte Toze, der sicher nicht zu den entschiedenen Verfechtern des Gleichgewichtsprinzips gehörte¹⁰⁰, schließlich diesem Gedanken etwas Positives abzugewinnen. *Wir mögen demnach, so resümierte er, die Christliche Republik auf ihrer guten oder bösen Seite, d.i. in größesten Vollkommenheit oder mit ihren Mängeln und Unvollkommenheiten betrachten; so finden wir weder in Ansehung des einen noch des andern eine gegründete Ursache zu wünschen, daß sie zur Wirklichkeit kommen. Denn wir würden darin vielleicht mehrere Ungemächlichkeiten, als in dem gegenwärtigen politischen Zustande Europens, welchen man die Staatsverfassung des Gleichgewichts nennet, antreffen. Ja vielleicht ist derselbe nicht so böse, als er von denen, die ihn durch die Errichtung der Christlichen Republik verbessern wollen, ausgeschrien wird*¹⁰¹. Mit diesem Verdikt votierte Toze nicht gegen die Idee Europa an sich. Er lehnte die zu seiner Zeit erörterten Vorschläge zur Organisation Europas ab, einer Organisation, die nach seiner Überzeugung »an der Staatenstruktur – der Dynamik, dem Expansionismus und der Souveränitätsmanie der Monarchien – einfach scheitern«¹⁰² mußten. Toze hatte damit damals sicherlich ebenso recht wie manche heutige Kritiker mit ihren begründeten Einwänden gegen bestimmte Regelungen des Vertragswerkes von Maastricht.

3. Ergebnisse in Form von 7 Thesen

1. Der Begriff und die Idee von Europa, die sich in ihren Inhalten recht vielgestaltig und in mancher Hinsicht auch recht diffus darstellen, waren bereits im 17. Jahrhundert weit verbreitet. Die Literatur, die in ihrem Titel den Bezug auf Europa ausweist,

97 VON RAUMER, Ewiger Friede (wie Anm. 81), S. 378.

98 GÜNTER SIEFARTH, Das Problem der Friedenssicherung (wie Anm. 94), S. 26.

99 DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa (wie Anm. 4), S. 128.

100 Vgl. dazu Eberhard von VIETSCH, Das europäische Gleichgewicht, Leipzig 1942, S. 212f., 217f.

101 [Eobald TOZE], Die allgemeine Christliche Republik in Europa..., Göttingen 1752, S. 348f.

102 DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa (wie Anm. 4), S. 129.

war um die Wende vom 17. und 18. Jahrhundert zahlenmäßig stark angewachsen. In der Praxis waren es weniger die in sich geschlossene Idee von Europa, sondern recht unterschiedliche Einflüsse, die schließlich so etwas wie europäisches Bewußtsein erzeugten. Einschränkend muß jedoch hinzugefügt werden, daß – wie gar nicht anders zu erwarten – der Rekurs auf Europa und das Nachdenken über Europa keine Angelegenheit der breiten Masse war. Es waren in erster Linie der intellektuelle und wissenschaftliche Bereich sowie der Sektor der Politik, in denen die Idee Europa – zumindest der Appell an Europa – seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eine neue Dimension erhielten.

2. Die von Peter Burke 1980 formulierte These, daß der Europabegriff zu Beginn der Neuzeit, also vor 1700, wenn überhaupt, dann nur gelegentlich instrumentalisiert worden sei, muß korrigiert werden. Wie gerade die Analyse der Auseinandersetzungen mit der Problematik der drohenden Errichtung einer Universalmonarchie verdeutlicht haben dürfte, bedienten sich sowohl Politiker, Publizisten und Literaten angesichts der zunehmenden Aggressionen durch Frankreich des Appells an die Solidarität der europäischen Staatengemeinschaft, um derartige Gefahren für die Freiheit der Staaten abzuwehren. Der neuen inneren und äußeren Bedrohung der Freiheit und Vielgestaltigkeit der Staaten begegnete man mehr und mehr mit dem säkularisierten Europabegriff, hinter dem derjenige der »christianitas« zurücktrat.

3. Wesentlich beigetragen zur Entwicklung eines Grundbestandes gemeinsamer Überzeugungen, Denk- und Verhaltensweisen in Alteuropa hat aber auch das *Jus Publicum Europaeum*.

4. Mit der Konzeption der Errichtung eines wie auch immer ausgestalteten Europäischen Gleichgewichts verbanden sich – nicht allein auf der literarischen und philosophischen Ebene – Überlegungen zur Wiederherstellung der seit dem Hochmittelalter verlorengegangenen Einheit, zur Verwirklichung des alten europäischen Traumes von einer Europäischen Föderation. Aber auch derartige Pläne zur Realisierung der Idee einer Europäischen Föderation, die in der geplanten konkreten Ausgestaltung sehr vielgestaltige Formen aufwies, sind – zwar nicht ausschließlich – auch im Kontext machtpolitischer Bestrebungen zu sehen. Derartige europäische Friedenspläne wurden also auch – vielleicht von wenigen Ausnahmen abgesehen – in politischer Hinsicht instrumentalisiert.

5. Im Spannungsfeld zwischen eher idealistischen und realistischen Konzeptionen zur Friedenssicherung und zur Verwirklichung einer auf den Erhalt des Friedens ausgerichteten neuen europäischen Staatenordnung boten die Autoren der europäischen Friedenspläne im 17. und 18. Jahrhundert im Kern stets zwei Wege zu deren Verwirklichung an: »Die Schaffung eines [mehr oder minder] einheitlichen europäischen politischen Körpers in der Form einer internationalen Organisation, in der die einzelstaatlichen Rechte beschnitten (wurden), oder die Herstellung einer europäischen Gleichgewichtsordnung, in der die einzelstaatliche Souveränität kaum angetastet [wurde], für die aber ein völkerrechtlicher Rahmen vorgegeben sein sollte, um ihre Funktionstätigkeit zu gewährleisten«¹⁰³.

103 GRUNER, Deutschland und das Europäische Gleichgewicht (wie Anm. 60), S. 81.

6. Die überwiegend dynastisch geprägten europäischen Staaten der Epoche des monarchischen Absolutismus waren – nicht zuletzt – auf Grund der Überbetonung der einzelstaatlichen Souveränität für die Errichtung supranationaler Organisationen, womit ein deutlicher Verlust der Staatensouveränität zwangsläufig verbunden gewesen wäre, nicht zu gewinnen. Vielleicht waren sie zur Akzeptanz derartiger Konzeptionen auch deshalb noch nicht bereit, »weil«, wie Durchhardt kürzlich feststellte, »die politische Herausforderung von außen, von anderen Kontinente[n] noch fehlte«¹⁰⁴.

7. Gegenüber Voltaires scharfem Urteil über Sullys »Grand Dessein«, den er eine Chimäre genannt hat, einem Urteil, das in abgewandelter Form auch im Hinblick auf die Realisierungschancen anderer europäischer Friedenspläne wiederholt worden ist, läßt sich einwenden, daß schon das öffentliche und wiederholte Reflektieren über die Errichtung eines Staatenbundes Europa einen Betrag dazu zu leisten vermochte, daß derartige Ideen Breitenwirkung erlangten, die – so hoffen wir wenigstens – in nicht allzu ferner Zukunft auch positive Ergebnisse für Europa zeitigen können.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

1. La notion et l'idée d'Europe qui se présentent dans leur contenu de manière multiforme et aussi, à maints égards, de manière diffuse, étaient déjà largement répandues au 17^e siècle. La littérature, les livres qui, dans leur titre, se réfèrent à l'Europe, s'étaient quantitativement fort enrichies au tournant des 17^e et 18^e siècles. En pratique, il s'agissait moins de l'idée d'Europe proprement dite, mais plutôt d'influences assez diverses, qui produisaient finalement quelque chose comme une conscience européenne. Dans un sens restrictif, il faut pourtant ajouter que – comme on pouvait s'y attendre – le recours à l'Europe et la réflexion sur l'Europe n'étaient pas l'affaire des larges masses. C'était en tout premier lieu dans la sphère des intellectuels et des scientifiques ainsi que dans celle de la politique que, depuis la seconde moitié du 17^e siècle, l'idée d'Europe – ou au moins la référence à l'Europe avait pris une nouvelle dimension.

2. La thèse de Peter Burke, formulée en 1980 doit être corrigée; selon lui, au début des temps modernes, c'est-à-dire avant 1700, la notion d'Europe n'a été instrumentalisée que rarement, si tant est qu'elle l'ait été. Comme l'analyse des discussions autour de la problématique de la création menaçante d'une monarchie universelle devrait l'avoir explicité, les hommes politiques, les publicistes et les écrivains avaient tous, compte tenu des agressions de plus en plus fréquentes de la France, recours à l'appel à la solidarité de la communauté des Etats européens, pour écarter de tels périls pour la liberté des Etats. De plus en plus on réagissait aux nouvelles menaces intérieures et extérieures contre la liberté des Etats et contre leur caractère multiforme, par la notion sécularisée d'Europe pendant que la notion de »Christianitas« perdait du terrain.

3. Le *Jus Publicum Europaeum* a, lui aussi, largement contribué à la formation, dans l'Europe ancienne, d'un fonds commun de convictions, de modes de pensée et de types de comportement.

4. La perspective de l'instauration d'un équilibre européen – quelque soit sa forme – faisait se rejoindre – et cela pas seulement au niveau littéraire et philosophique – des réflexions sur le rétablissement de l'unité perdue depuis le moyen âge sur la réalisation du vieux rêve européen d'une fédération européenne. Mais ces projets de réalisation de l'idée d'une fédération européenne, qui, dans sa configuration concrète, s'avèrait multiforme, doivent en partie aussi être envisagés dans le contexte d'aspirations relevant de politiques de puissance.

De tels plans de paix européens furent donc également presque toujours utilisés comme des instruments de telle ou telle politique. Tirailé entre des conceptions plutôt idéalistes ou plutôt réalistes pour assurer la paix ou pour réaliser un nouvel ordre des Etats européens dont l'objectif serait le maintien de la paix, les auteurs des plans de paix européens aux 17^e et 18^e siècles proposaient essentiellement deux voies possibles

104 DUCHHARDT, Europabewußtsein und politisches Europa (wie Anm. 4), S. 131.

pour leur réalisation: La création d'un corps politique européen [plus ou moins] uni sous la forme d'une organisation internationale dans laquelle les droits des différents États seraient réduits ou bien l'établissement d'un équilibre européen qui entamerait à peine la souveraineté des différents États, mais qui, pour garantir son fonctionnement, se référerait à un cadre relevant du droit international.

Enfin, les États européens, en majorité dynastiques, de l'époque de la monarchie absolue n'étaient pas très tentés par la création d'organisations supranationales qui aurait inévitablement entraîné une perte sensible de souveraineté pour chacun des États, souveraineté à laquelle ils tenaient tout particulièrement. Peut-être n'étaient-ils pas non plus prêts à accepter de telles conceptions car, comme Duchhardt le constatait récemment, il manquait encore un défi politique extérieur, un défi provenant d'autres continents.

Voltaire qualifiait de chimère le »Grand Dessein« de Sully et ce jugement sévère a été repris maintes fois sous une forme différente à propos des chances de réalisation d'autres plans de paix européens. On peut objecter que les réflexions publiques et réitérées sur la construction d'une fédération d'États européens ont en tout cas contribué à ce que de telles idées aient été largement propagées, ce qui, nous l'espérons, permettra d'aboutir dans un avenir proche à des résultats positifs pour l'Europe.